
Anhang 2

Forschungsstand

Das vorliegende Papier ist als Anhang Bestandteil der Masterthesis von Tobias Kindler¹. Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden.

Im deutschsprachigen Raum existiert bislang kaum empirische Forschung zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden². Neben wenigen Master- und Bachelorarbeiten zur interessierenden Thematik, arbeitet die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit seit 2017 an einer Erhebung zu den Einstellungen von Studierenden der Sozialen Arbeit zu Politik und zum politischen Auftrag der Sozialen Arbeit (Kulke 2018). Weitere Studien in diesem Themenfeld sind für eine politikbewusste, politikinteressierte und politikaktive Soziale Arbeit also durchaus wichtig und relevant. In den USA präsentiert sich der Forschungsstand fortgeschrittener, wenngleich auch dort viele Autorinnen und Autoren (Ostrander 2016; Felderhoff et al. 2016; Ritter 2008) nach wie vor auf eine Forschungslücke in diesem Bereich hinweisen.

Bislang haben zwei US-amerikanische Forschende versucht, die Anzahl der Untersuchungen zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden genau zu beziffern. Im Jahr 2008 sprach Jessica Anne Ritter, damals Assistenzprofessorin am Department der Sozialen Arbeit der Pacific University in Oregon, von neun Studien, die zwischen 1968 (Epstein 1968) und 2001 (Hamilton & Fauri 2001) durchgeführt worden seien (vgl. Ritter 2008: 348). Nicht mitgedacht hat Ritter die Arbeiten von Pawlak und Flynn (1990), Dietz Domanski (1998), Hamilton (1998), Mary (2001) und Gray et al. (2002). Acht Jahre später schrieb Jason A. Ostrander, Assistenzprofessor an der UCONN School of Social Work an der Sacred Heart University in Great Barrington, als Einleitung zu seiner Dissertation: «There is a dearth of studies on the political participation of social workers» (Ostrander 2016: 9). Danach zählte er 32 Untersuchungen auf, die sich entlang von verschiedenen Subjekten genau mit dieser Thematik auseinandergesetzt

¹ Kindler, Tobias (2019): *Sozialarbeitspolitik. Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz* (Masterthesis). St.Gallen: FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Kontakt: tobiaskindler@icloud.com

² Im Folgenden werden die Begriffe *Sozialarbeitende* und *Fachpersonen der Sozialen Arbeit* synonym verwendet. Gemeint sind all diejenigen Personen, die im Bereich der Sozialen Arbeit tätig sind (Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstattleitung) oder sich für eine entsprechende Tätigkeit ausbilden lassen.

haben. Die akkurate Aufzählung Ostranders' unterstellt, dass sich der US-amerikanische Forschungsstand übersichtlich und wenig dynamisch gestaltet. Es kann angenommen werden, dass seine Darstellung zwar umfassend, jedoch nicht allumfassend ist. So konnten im Rahmen der Recherche für die vorliegende Arbeit zusätzlich zu den von Ostrander genannten Forschungen sechs weitere Studien identifiziert werden (Epstein 1968; Reeser 1988; Gray et al. 2002; Lane 2011; Sherraden et al. 2015; Ostrander et al. 2017). Vier der von Ostrander genannten Untersuchungen (Salcido 1984; Ezell 1991; Humphreys 1994; Ostrander, Sandler und Niemann 2016) waren nicht auffindbar, da sie entweder in Journalartikeln älteren Datums oder in unveröffentlichten Manuskripten festgehalten wurden.

Aus Obgenanntem werden drei Punkte offensichtlich: 1) Im deutschsprachigen Raum scheint, bezogen auf die politische Aktivität von Sozialarbeitenden, eine Forschungslücke zu bestehen. Die Masterthesis von Tobias Kindler kann einen Beitrag zur Schliessung dieser Lücke leisten. 2) In den USA forschen Sozialarbeitende seit mehr als 40 Jahre zum interessierenden Thema. Ein entsprechender, noch übersichtlicher Korpus an Publikationen liegt vor. Die US-amerikanischen Untersuchungen können für die Masterthesis also wichtige Hinweise geben und werden deshalb in den folgenden Kapiteln dargestellt. 3) Den aktuellen Forschungsstand umfassend zu bestimmen, scheint selbst für professionell Forschende schwierig. Es ist also wahrscheinlich, dass trotz intensiver Rechercharbeit die unten dargestellte Studienlage durch weitere, hier nicht beschriebene Untersuchungen ergänzt werden kann.

Die folgende Darstellung des Forschungsstandes startet mit einem Überblick über deutschsprachige Arbeiten, fokussiert dann aber auf US-amerikanische Untersuchungen, da dort intensiv zum Thema geforscht wurde. Daneben existieren vereinzelt weitere Studien aus Kanada (z.B. Hardina 1995), Südafrika (z.B. Ferguson & Smith 2012), Australien (z.B. Mendes et al. 2015), Hong Kong (z.B. Chui & Gray 2004), Israel (Weiss-Gal & Gal 2014; Weiss & Kaufman 2006) oder international vergleichend (z.B. Gray et al. 2002) zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden. Auf diese Untersuchungen wird hier nicht eingegangen. US-amerikanische Publikationen, die ausschliesslich Unterrichtsmodelle vorstellen, ohne diese empirisch zu prüfen, werden ebenfalls nicht bearbeitet (DeRigne, Rosenwald & Naranjo 2014; Kilbane, Pryce & Hong 2013; Heidemann, Fertig, Jansson & Kim 2011; Wolfer & Gray 2007; Poulin, Kauffman & Silver 2006; Anderson & Harris 2005; Sundet & Kelly 2002; Hoefler 1999; Fisher 1995).

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die verwendeten 48 Studien. In der Bearbeitung zeigte sich, dass gewisse Beiträge nicht direkt Sozialarbeitende, sondern zum Beispiel den Politikgehalt von Praktikumsstellen an Hochschulen (Wolk et al. 1996), die politische Aktivität von Geschäftsleitenden im Sozialwesen (Pawlak & Flynn 1990) oder das politische Engagement von Studierenden untersuchen (Ostrander et al. 2017). Um diese Vielfalt an Sampling Gruppen zusammenfassen zu können, wurden die unterschiedlichen Studien in fünf Hauptkategorien eingeteilt (siehe Tabelle 1). Die folgenden Kapitel stellen die unten aufgelisteten Untersuchungen vor.

Tabelle 1. Forschungsstand

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
|---------------------------------|------------------------|--------------------------|----------------------|-------------------------------|--|
| Deutschsprachige Arbeiten | Sozialarbeitende | Mitglieder des NASW | NASW «Chapters» | Seminarangebote & Studierende | In der Politik tätige Sozialarbeitende |
| Kulke 2018 | Ostrander 2016 | Rome & Hoechstetter 2010 | Beimers 2015 | Ostrander et al. 2018 | Lane 2011 |
| Angstenberger 2018 | Felderhoff et al. 2016 | Rome et al. 2010 | Scanlon et al. 2006 | Lane et al. 2018 | Lane & Humphreys 2011 |
| Roth & Yollu-Tok 2017 | Rocha et al. 2010 | Dickinson 2004 | Hartnett et al. 2005 | Ostrander et al. 2017 | |
| Amann 2017 | Ritter 2008 | Dietz Domanski 1998 | Salcido & Seck 1992 | Pritzker & Burwell 2016 | |
| Schmidt 2017 | Ritter 2007 | Parker & Sherraden 1991 | | Bernklau Halvor 2016 | |
| Kachel 2016 | Ritter 2006 | Reeser & Epstein 1990 | | Sherraden et al. 2015 | |
| Wetzel 2015 | Mary 2001 | Reeser 1988 | | Hylton 2015 | |
| Wegmüller 2015 | Hamilton & Fauri 2001 | Reeser & Epstein 1987 | | Pritzker & Lane 2014 | |
| Helfer & Saxer 2014 | Hamilton 1998 | Wolk 1981 | | Mizrahi & Dodd 2013 | |
| Burri & Wandeler 2005 | Bowers Andrews 1998 | Epstein 1968 | | Swank 2012 | |
| Baumann & Schüpbach-Keller 2005 | Ezell 1993 | | | Rocha 2000 | |
| | Pawlak & Flynn 1990 | | | Butler & Coleman 1997 | |
| | | | | Wolk et al. 1996 | |

1 Deutschsprachige Arbeiten

Im deutschsprachigen Raum konnte, abgesehen von der Studie von Roth und Yollu-Tok (2017), einer laufenden Untersuchung der DGSA (Kulke 2018) sowie 13 abgeschlossenen Qualifizierungsarbeiten, keine empirische Forschung zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden gefunden werden. Dieses Kapitel stellt acht der 13 Diplom-, Bachelor- und Masterarbeiten vor. Die Arbeiten von Werwein (2008), Widmer (2010), Strzoda (2011), Lanz (2013) und Hollinger (2013) werden nicht näher beleuchtet, weil die Autor*innen theoretische Arbeiten geschrieben und nicht empirisch zum Thema geforscht haben. Die Studien von Baumann und Schüpbach-Keller (2005), Burri und Wandeler (2005), Helfer und Saxer (2014), Wegmüller (2015) und Amann (2017) wurden mit einem qualitativen Zugang erarbeitet und können somit eine passende Ergänzung zur vorliegenden Untersuchung darstellen. Wetzel (2015) und Schmidt (2017) haben für ihre Masterarbeiten quantitative Designs gewählt. Ihre Arbeiten können so auch methodische Anregungen für die Masterthesis von Tobias Kindler liefern. Die folgenden Abschnitte geben in chronologischer Reihenfolge einen Überblick über die sieben erwähnten Studienarbeiten.

Sarah Baumann und Daniela Schüpbach-Keller haben in ihrer gemeinsamen Diplomarbeit an der Berner Fachhochschule Einflussfaktoren auf das sozialpolitische Engagement von Sozialarbeitenden und deren Wandel zwischen 1970 und 2000 untersucht. Im Theorieteil ihrer Arbeit haben sie die folgenden sechs Einflussfaktoren auf sozialpolitisches Engagement identifiziert (vgl. Baumann & Schüpbach-Keller 2005: 7–38):

Einflussfaktoren

- Gesellschaftliche Situation
- Soziale Bewegungen
- Nationale und kantonale Politik
- Schweizerischer Berufsverband Soziale Arbeit (SBS)
- Methodendiskussion
- Wirtschaftlicher Zyklus

Im ersten Teil der empirischen Untersuchung haben die Autorinnen diese Einflussfaktoren zum Ausgangspunkt genommen, um Zeitdokumente wie zum Beispiel Zeitungen, Zeitschriften o.ä. zu analysieren (vgl. ebd.: 39–81). Basierend auf dieser Dokumentenanalyse formulierten sie u.a. die folgenden thesenförmigen Ergebnisse (vgl. ebd.: 59-61 & 78-81):

- Der SBS engagiert sich zwar sozialpolitisch, bezieht seine Mitglieder jedoch nicht aktiv in die politische Arbeit mit ein (vgl. ebd.: 60). «Es ist weder früher noch heute ein Einfluss des SBS auf das sozialpolitische Engagement von Sozialarbeiterinnen erkennbar» (ebd.: 93).

- Sozialpolitisches Handeln findet im Berufsalltag statt. Zum Beispiel indem die Sozialarbeitenden laufend ihre Methoden hinterfragen, reflektieren, anpassen und sich im Extremfall weigern, gewisse Anweisungen durchzuführen. (vgl. Baumann & Schüpbach-Keller 2005: 60)
- Sozialpolitisches Engagement von Sozialarbeitenden hat im Zeitraum zwischen 1970 und 2000 abgenommen. «Obwohl sozialpolitische Entscheidungen ... einen grossen Einfluss auf den Alltag der Sozialarbeiterinnen haben, treten sie selten als wichtige Informationsträgerinnen und Expertinnen öffentlich in Erscheinung.» (ebd.: 79).
- Eine hohe Arbeitsbelastung wirkt sich hemmend auf politisches Engagement aus (vgl. ebd.: 80).
- «Unklar bleibt für uns auch, ob sozialpolitisch engagierte Sozialarbeiterinnen zwar im SBS Mitglied sind, sich aber nicht aktiv im SBS einbringen, ob diese Engagierten in einem anderen Verband organisiert sind oder ob sie ihr Engagement losgelöst von einem Verband oder direkt in der Politik ausüben» (ebd.).
- Mit steigendem Druck und flächendeckendem Sozialabbau bieten auch die Träger der Sozialen Arbeit zunehmend individualisierte anstelle von struktureller Unterstützung an (vgl. ebd.).

Im zweiten Teil der empirischen Arbeit haben Baumann und Schüpbach-Keller je zwei in den 1970er und den 2000er Jahren beruflich tätige Sozialarbeiterinnen interviewt, um die Thesen aus der Dokumentenanalyse zu überprüfen (vgl. ebd.: 81). Die vier Sozialarbeiterinnen haben in den Interviews übereinstimmend die Arbeit mit Menschen und nicht die Problemlösung durch sozialpolitisches Engagement als Berufsmotivation angegeben (vgl. ebd.: 90). Sie verstanden jedoch auch die direkte Arbeit mit Adressat*innen als eine Form von sozialpolitischer Aktivität auf der Mikroebene (vgl. ebd.: 91). Insgesamt kann das von den interviewten Sozialarbeiterinnen angewandte politische Engagement nie als radikal oder grenzüberschreitend beschrieben werden, sondern bewegte sich immer auf einer pragmatischen, legalen und somit konventionellen Ebene (vgl. ebd.: 90f). Sowohl die Sozialarbeiterinnen der 1970er als auch die Sozialarbeiterinnen der 2000er Jahre machten die Erfahrung, dass ihr ehrenamtlicher Einsatz für den SBS von den Arbeitgebenden nicht finanziell unterstützt wurde. In den Interviews zeigte sich jedoch, dass in den 2000er im Vergleich zu den 1970er Jahren am Arbeitsplatz vermehrt sozialpolitische Diskussionen unter Kolleginnen und Kollegen geführt werden. (vgl. ebd.: 91)

Ebenfalls im Jahr 2005 legten Katrin Burri und Dorothe Wandeler ihrer Diplomarbeit an der Berner Fachhochschule die folgende Fragestellung zugrunde: «Gibt es auf institutioneller Ebene (an Ausbildungsstätten, in sozialen Institutionen, im Berufsverband) Faktoren, die das sozialpolitische Engagement von Sozialarbeiterinnen ... fördern?» (Burri & Wandeler 2005: 3) Ausgehend von dieser Forschungsfrage definierten die Autorinnen im Theorieteil ihr Verständnis von politischem Engagement und zeigten entsprechende Möglichkeiten für die Soziale Arbeit auf (vgl. ebd.: 6–35). Im empirischen Teil interviewten Burri und Wandeler die Leiterin des Diplomstudienganges in Sozialer Arbeit an der

Berner Fachhochschule, die Leiterin des Sozialdienstes der Stadt Bern, den Leiter eine grossen Organisation der Sozialen Arbeit, die Co-Präsidentin sowie die Geschäftsleiterin von AvenirSocial sowie eine Nationalrätin mit Sozialarbeitsstudium (vgl. Burri & Wandeler 2005: 38–40). Ihren Leitfaden orientierten die Autorinnen an den von Rudolf und Zeller (2001) herausgearbeiteten Einflussfaktoren. In den Gesprächen machten die interviewten Sozialarbeitenden zu allen diesen Faktoren Aussagen und bestätigten damit grösstenteils die theoretischen Annahmen. Zusätzlich konnten Burri und Wandeler in der Auswertung induktiv die Faktoren *Vernetzung* und *Vorbildfunktion* identifizieren. (vgl. Burri & Wandeler 2005: 61) In ihrer Schlussfolgerung zeigten die Autorinnen letztlich auf, wie Leitungspersonen in der Sozialen Arbeit das Engagement ihrer Mitarbeitenden bzw. Mitglieder fördern können (vgl. ebd.: 68f).

Einflussfaktoren

- Zeit für sozialpolitisches Engagement zur Verfügung stellen
- Informationszugang erleichtern und Aufklärungsarbeit leisten
- Aktive Beteiligung an sozialpolitischen Diskussionen und Aktivitäten ermöglichen
- Ungezwungen, zeitlich begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten schaffen
- Auf Missstände aufmerksam machen und somit Betroffenheit schaffen
- Sozialpolitischem Engagement aktiv unterstützen
- Vorteile eines sozialpolitischen Engagements hervorheben und bewusstmachen
- Veränderungsmöglichkeiten durch sozialpolitisches Engagement aufzeigen
- Vernetzung mit Forschung und anderen Organisationen: Argumentationsmacht gewinnen
- Selbst als Vorbild auf sozialpolitischer Ebene aktiv sein

Burri und Wandeler wiesen in der Diskussion ihrer Ergebnisse darauf hin, dass die von ihnen identifizierten Einflussmöglichkeiten von den interviewten Leitungspersonen unterschiedlich genutzt und bewertet werden. «Die Nutzung geschieht teilweise unbewusst und ist personenabhängig. ... Zudem bestehen unterschiedliche Ansichten darüber, ob sozialpolitisches Engagement im Rahmen der beruflichen Rolle oder als Privatperson ausgeübt werden soll. Interessanterweise scheint dies zu einem grossen Teil von der Einbindung einer Institution in staatliche Strukturen abzuhängen.» (ebd.: 69) Insgesamt, so die Autorinnen, scheine das Bewusstsein darüber, wie sozialpolitisches Engagement von Berufsleuten gefördert werden kann, auf Seiten der Organisationen eher gering und teilweise mit einer zurückhaltenden Position gegenüber Parteipolitik verbunden. «Dass sozialpolitisches Engagement jedoch keineswegs parteipolitisch gefärbt sein muss, sondern vor allem aus der Perspektive ... des Fachwissens angegangen werden kann und soll, geht in der Diskussion um sozialpolitisches Engagement in der Sozialarbeit oft unter.» (ebd.)

Im Jahr 2014 reichten Franziska Helfer und Stéfanie Saxer ihre Bachelorarbeit an der HSLU, Departement Soziale Arbeit ein. Die Autorinnen untersuchten zunächst theoretisch, in welchem Verhältnis Soziale Arbeit und Politik zueinander stehen (vgl. Helfer & Saxer 2014: 28–45), bevor sie im empirischen Teil die politische Aktivität von Sozialarbeitenden untersuchten. Dazu führten sie Leitfadenterviews mit neun Expertinnen und Experten in Leitungsfunktionen der Sozialen Arbeit (vgl. ebd.: 49) und unterschieden dabei zwischen den drei Berufsfeldern der Sozialarbeit, Soziokulturellen Animation und Sozialpädagogik (vgl. ebd.: 27). Konkret untersuchten Helfer und Saxer, wie sich das Verständnis und die Umsetzung der politischen Funktion der Sozialen Arbeit zwischen den drei Berufsfeldern unterscheiden (vgl. ebd.: 46–51). In den Ergebnissen zeigte sich, dass sich bezüglich Verständnis «mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede ausmachen» liessen (ebd.: 82), während sich die Umsetzung der politischen Funktion zwischen den Berufsfeldern zu unterscheiden schien (vgl. ebd.: 83). Helfer und Saxer regen im letzten Kapitel explizit die Durchführung einer quantitativen Studie und damit einhergehend die Identifikation von Einflussfaktoren auf die politische Aktivität von Sozialarbeitenden an (vgl. ebd.: 90f).

Einflussfaktoren

Berufsfeld (Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation)

2015 setzte sich Andrea Wegmüller an der Berner Fachhochschule ebenfalls im Rahmen ihrer Bachelorarbeit mit dem politischen Handeln von Sozialarbeitenden auseinander. Nach einer theoretischen Herleitung der Verbindung zwischen Sozialer Arbeit und Politik (vgl. Wegmüller 2015: 13–32) sowie der Darstellung von politischen Handlungsmöglichkeiten (vgl. ebd.: 33–45) befasste sich die Autorin empirisch mit der folgenden Fragestellung: «Welche Haltung haben Sozialarbeitende in Bezug auf politisches Handeln und wie zeigt sich dieses im Berufsalltag?» (ebd.: 10) Zur Beantwortung ihrer Fragestellung befragte Wegmüller sechs Sozialarbeitende aus dem Kanton Bern und wertete die Interviews nach Mayring (2010) inhaltsanalytisch aus. Die Autorin identifizierte in ihrer Studie den biografischen Hintergrund, die berufliche Erfahrung, das jeweilige Arbeitsfeld sowie die durchlaufende Ausbildung als wichtige Einflussfaktoren auf die Haltung der interviewten Sozialarbeitenden (vgl. Wegmüller 2015: 56f). Alle Befragten bejahten eine starke Verbindung zwischen Sozialer Arbeit und Politik (vgl. ebd.: 60) und sahen entsprechend die Aufgaben der Sozialen Arbeit sowohl in der direkten Arbeit mit der Klientel als auch auf gesellschaftlicher Ebene angesiedelt (vgl. ebd.: 57–59). Die Interviewten machten sich für eine politisch agierende Soziale Arbeit stark und begründeten diese Position mit vier unterschiedlichen Argumenten: 1) Politisches Handeln ist Teil der Profession, 2) Aufgabenverständnis, 3) Erfahrung und Wissen aus der Basis in politische Prozesse einbringen, 4) Drohende negative Folgen für die Soziale Arbeit bei fehlendem politischem Handeln. (vgl. ebd.: 68f) Wegmüller fragte auch nach konkreten politischen Aktivitäten. Genannt wurden (vgl. ebd.: 63f & 72-74):

Politische Aktivitäten

- Politische Prozesse in Gang bringen
- Politikberatung
- Lobbying
- Öffentlichkeitsarbeit
- Medienarbeit
- Aufklärungsarbeit
- Sich für Klientel einsetzen
- Mitverfolgen des politischen Geschehens
- Aktive Mitarbeit in Verbänden, Gewerkschaften, Kommissionen oder Fachgruppen
- Arbeit in Fachverbänden, Konferenzen oder Gremien
- Organisation und Teilnahme an Veranstaltungen
- Stellungnahmen verfassen
- Initiativen
- Referenden
- Kampagnen
- Demonstrationen
- Politische Bildung von Adressat*innen

Das politische Handeln der befragten Sozialarbeitenden war ausgerichtet auf gesellschaftliche (z.B. soziale Gerechtigkeit), berufsständische, adressat*innenbezogene oder persönliche Ziele (vgl. Wegmüller 2015: 66f). Als Grundvoraussetzungen für politisches Handeln nannten die Befragten Wissen, Sozialkompetenzen und Vernetzung (vgl. ebd.: 62f). Zusätzlich zu den Einflussfaktoren auf die Haltung der Sozialarbeitenden, identifizierte Wegmüller unterstützende und hindernde Faktoren für die tatsächliche politische Aktivität. Die folgenden Punkte wurden erwähnt (vgl. ebd.: 64–66):

Einflussfaktoren

- Berufsverband als Mobilisationsnetzwerk
- Möglichkeit, innerhalb der Arbeitstätigkeit politisch handeln zu können
- Arbeitsbedingungen: fehlende zeitliche und finanzielle Ressourcen, hohe Arbeitsbelastung
- Mangelnde Kenntnisse über politische Handlungsmöglichkeiten und Themen
- Fehlende Handlungsmöglichkeiten
- Mangelnde Sensibilisierung während des Studiums
- Interessenkonflikte

Ebenfalls im Jahr 2015 reichte Jana Wetzel an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt ihre Masterarbeit ein. Sie befragte 303 Bachelor- und Masterstudierende des Studiengangs Soziale Arbeit zu ihrem politischen Interesse und ihrer politischen Beteiligung. In ihrem Fragebogen fragte sie nach politischem Interesse und politischen Aktivitäten, Mitgliedschaften in politischen Organisationen und Parteien sowie nach der empfundenen politischen Wirksamkeit. Sie befragte die Teilnehmenden nach deren politischen Einstellung und Parteipräferenz und wollte auch erfahren, wie die Studierenden zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit stehen. Zum Schluss wurden demographische Angaben erhoben und die Teilnehmenden wurden gebeten, anzugeben, inwiefern sie im Rahmen ihres Studiums mit politischen Inhalten in Berührung kamen. (vgl. Wetzel 2015: 90–100)

In der Analyse stellt Wetzel (2015) dar, dass sich 52.7% der Teilnehmenden für bundes-, 35.5% für landes-, 39.9% für kommunal- und 44.7% für europapolitische Thematiken interessieren (vgl. ebd.: 49). Die Auswertung weist auf einen starken Effekt von Geschlecht und Alter hin. So gaben zum Beispiel Männer (85.7%) häufiger als Frauen (40.9%) an, politisch interessiert zu sein. (vgl. ebd.: 51f) 78.2% der Befragten gaben an, dass ein gewisses politisches Interesse eine Grundvoraussetzung für Sozialarbeitende darstellt. 21.8% der Teilnehmenden begriffen politisches Interesse nicht als relevant für die Praxis der Sozialen Arbeit. (vgl. ebd.: 68) Neben dem Interesse fragte Wetzel auch nach einer Selbsteinschätzung der politischen Aktivität. Hierbei gaben 89.5% der Teilnehmenden an, politisch nicht aktiv zu sein. (vgl. ebd.: 52) 66.7% der Befragten wählen immer bei Bundestags-, 54.9% wählen immer an Landtags-, 53.4% wählen immer bei Kommunal- und 43.1% wählen immer bei Europawahlen (vgl. ebd.: 54). Zwischen 2.7% und 6% der Studierenden gaben an, Mitglied einer Bürgerinitiative, einer Gewerkschaft, eines Berufsverbandes oder einer Menschenrechtsgruppe zu sein. 1.7% der Teilnehmenden sind Mitglied einer Partei. Wetzel forderte die teilnehmenden Studierenden dazu auf, sich auf einer 10er-Skala zwischen links und rechts einzuordnen. Für 23.5% war eine Zuordnung nicht möglich, 51.3% positionierten sich links, 18.6% wählten exakt den Mittelwert und 6% ordneten sich rechts ein. (vgl. ebd.: 57). Mit 96.8% stimmte eine überwiegende Mehrheit der Befragten einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu (vgl. ebd.: 65). 34.8% der Studierenden erachtet politische Aktivität als zentrale Aufgabe von Sozialarbeitenden. Die Befragten zeigten sich zu 71.3% optimistisch, dass Soziale Arbeit Einfluss auf die Politik ausüben kann (vgl. ebd.: 68–70).

Kathrin Amann suchte im Rahmen ihrer Masterthesis nach «begünstigenden, unterstützenden Faktoren und Motiven, die dazu führen, dass sich Sozialarbeitende in der Parteipolitik engagieren» (Amann 2017: 28). Einen besonderen Schwerpunkt legte sie auf den beruflichen und politischen Werdegang. Sie führte sieben leitfadengestützte biographisch-narrative Interviews mit parteipolitisch aktiven Sozialarbeitenden durch und wertete diese inhaltsanalytisch aus. (vgl. ebd.: 29–34) Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass eine «Mehrheit der Befragten aus Herkunftsfamilien stammt, in denen häufig über Politik diskutiert wurde» (ebd.: 67). Neben der Kernfamilie erwähnten die Interviewten andere Vorbildperso-

nen aus ihrem sozialen Umfeld oder politisierende Ereignisse (z.B. Aktivitäten der neuen Frauenbewegung), durch die sie wesentlich in ihrer politischen Sozialisation beeinflusst worden sind (vgl. Amann 2017: 67f). Die interviewten Sozialarbeitenden waren häufig schon vor ihren parteipolitischen Engagements in Gruppierungen, Gewerkschaften oder Verbänden aktiv und wurden über diese mobilisierenden Netzwerke bzw. darin agierende Personen weiter politisiert (vgl. ebd.: 68f). Weitere zentrale Einflussfaktoren auf die politische Aktivität konnte Amann in der zeitlichen und inhaltlichen Vereinbarkeit identifizieren. Die sieben Sozialarbeitenden erklärten einerseits, dass ein Engagement auf parteipolitischer Ebene nur mit genügend zeitlichen Ressourcen möglich sei. Andererseits gestalte sich auch die Vereinbarkeit von politischem Mandat und Lohnabhängigkeit nicht immer einfach. Teilweise komme es zu Loyalitätskonflikten, insbesondere dann, wenn ein politisches Engagement von Vorgesetzten explizit nicht gutgeheissen wird. (vgl. ebd.: 72) Bezogen auf unterschiedliche Motivlagen stellt Amann dar, dass ein Teil der Befragten für ein politisches Amt kandidierte, um neben der Problembekämpfung im Einzelfall auch strukturelle und politische Ursachen bearbeiten zu können (vgl. ebd.: 70). Insgesamt schätzten die sieben befragten Politikerinnen und Politiker ihre Kolleginnen und Kollegen in der Praxis der Sozialen Arbeit als durchaus politikbewusst ein, konnten aber gleichzeitig nur wenig daraus resultierendes politisches Engagement wahrnehmen (vgl. ebd.: 73). Die folgende Darstellung fasst die von Amann herausgearbeiteten Einflussfaktoren auf parteipolitisches Engagement zusammen (vgl. ebd.: 45–62):

Einflussfaktoren

- Herkunftsfamilie
- Vorbildpersonen aus dem sozialen Umfeld
- Mobilisierende Netzwerke
- Zeitliche Vereinbarkeit
- Inhaltliche Vereinbarkeit
- Auftragsverständnis der Sozialen Arbeit

Zwischen März und April 2017 befragte Johanne Schmidt von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg im Rahmen ihrer Masterthesis Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Ihren Schwerpunkt legte sie dabei auf die Einstellung von Sozialarbeitenden gegenüber einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit (vgl. Schmidt 2017: 54–66). Kernpunkt dieses Bereichs stellte die folgende Frage dar: «Wie stehen Sie zu folgender Aussage: Die Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag.» Die Befragten konnten mit *Stimme zu*, *Stimme nicht zu* oder *Keine Angabe* antworten. (ebd.: 55) Darüber hinaus fragte Schmidt mit mehreren Items nach dem politischen Interesse (vgl. ebd.: 46–51), der politischen (Partei-)Orientierung (vgl. ebd.: 51–53), tatsächlichen politischen Aktivitäten (vgl. ebd.: 53f) und Faktoren, welche die politische Einstellung der Sozialarbeitenden beeinflussen (vgl. ebd.: 67–74). Die Autorin verbreitete ihre Online-Umfrage vor allem über Facebookgruppen und erzielte so einen Rücklauf

von insgesamt 235 Personen (vgl. Schmidt 2017: 28f). In den Ergebnissen zeigte sich, dass 73.8% der Befragten sehr starkes oder starkes Interesse an Politik angaben, während nur 26.2% der Teilnehmenden nicht so stark oder überhaupt nicht interessiert waren. Dabei zeigte sich, dass sich Männer im Durchschnitt mehr für Politik interessieren als Frauen und dass das Interesse mit dem Alter zunimmt. (vgl. ebd.: 47–49). Bei der Auswertung der *Sonntagsfrage*³ zeigte sich ein klares Bild. Die Linke, SPD und die Grünen zusammen erzielten in der Umfrage 70.2% (vgl. ebd.: 51). Bei der Frage nach der tatsächlichen politischen Aktivität bediente sich die Autorin einer Studie von Petersen et al. (2013) und fragte nach folgenden «neuen Beteiligungsformen» (Schmidt 2017: 35). Die Ergebnisse in der Darstellung sind nach Nennungen sortiert, wobei die höchsten Resultate mit Prozentwerten ausgewiesen werden.

| Politische Aktivitäten | % |
|---|-------------|
| • Im Internet an einer Unterschriftenaktion/Petition teilnehmen | 87.2 |
| • An einer Unterschriftenaktion teilnehmen (nicht im Internet) | 84.4 |
| • An einer Demonstration bzw. Kundgebung teilnehmen | 73.5 |
| • Äusserung auf Website/Blog oder sozialen Netzwerken zu politischen Themen | 50.2 |
| • Sich in einer Bürgerinitiative engagieren | |
| • Sich per Brief/Mail an einen Abgeordneten wenden | |
| • Einen Leserbrief in einer Zeitschrift oder Zeitung schreiben | |
| • Sich in einer politischen Partei engagieren | |
| • Engagement in einer Interessengruppe oder einem Verband (z.B. Greenpeace) | |
| • An Food-Sharing-Aktionen teilnehmen | |

Der Aussage «Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag» stimmte mit 86.8% der Befragten eine überwiegende Mehrheit zu. 8.9% machten keine Angaben und 4.3% stimmten nicht zu. (vgl. ebd.: 55) Die Zustimmung zu einer Politikimmanenz der Sozialen Arbeit mass Schmidt mit drei Aussagen, auf welche die Teilnehmenden mit einer Antwort zwischen 1 (=stimme überhaupt nicht zu) und 5 (=stimme voll zu) reagieren konnten. Insgesamt ergab sich ein Mittelwert von 3.77, der von der Autorin als überwiegende Zustimmung zu einer Politikimmanenz interpretiert wurde. (vgl. ebd.: 59f) In einem weiteren Item zur Messung des politischen Auftrags fragte Schmidt die Teilnehmenden, ob sie die Probleme ihrer Klientel eher auf gesellschaftliche oder individuelle Umstände zurückführen. Auf einer Skala von 1 bis 5 antworteten 48.7% der Befragten mit einer mittleren 3. Davon abgesehen zeigte sich eine überwiegende Mehrheit von Fachpersonen, die Problemlagen auf einer strukturellen Ebene ansiedelten. In diesem Zusammenhang wies die Autorin auf eine positive Korrelation zwischen der Zustimmung zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit und der Ansiedlung von Problemursachen auf

³ «Wen würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre» (Schmidt 2017: 34)

gesellschaftlich-politischer Ebene hin. (vgl. Schmidt 2017: 61f) Gefragt nach der wahrgenommenen Wirksamkeit, zeigte sich ein eindeutiges Bild: Schmidt fragte die Teilnehmenden, wie sie «die Möglichkeiten der Sozialen Arbeit zur politischen Mitbestimmung beurteilen» (vgl. Schmidt 2017:63). Zur Auswahl standen Antwortkategorien von 1 (=gering) bis 5 (=hoch). 26.3% wählten die Mittelkategorie, 50.4% schätzten die Wirksamkeit als gering oder eher gering und 23.2% als hoch oder eher hoch ein. Je höher die Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeschätzt wurden, desto eher wurde auch einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zugestimmt. (vgl. ebd.) Nun ist es spannend, herauszufinden, ob diese Korrelation über die Einstellung hinaus auch auf die tatsächliche Aktivität einen Einfluss hat. Dieser Zusammenhang wird in der Masterthesis von Tobias Kindler untersucht. Die Autorin interessierte sich weiter dafür, wem sich die Fachkräfte in ihrer Arbeit verpflichtet fühlen. 64.04% gaben an, sich der Klientel verpflichtet zu fühlen, 20.61% gaben die Profession an und 10.09% äusserten eine Hauptverpflichtung gegenüber sich selbst. Mit weniger als 4% der Nennungen schienen Staat/Kostenträger bzw. Leistungserbringer und Träger diesbezüglich nur eine marginale Rolle zu spielen. (vgl. ebd.: 63f) Zuletzt testete Schmidt den Zusammenhang zwischen der Einstellung zu einem politischen Mandat der Sozialen Arbeit und den folgenden vier, aus der Theorie abgeleiteten Einflussfaktoren (vgl. ebd.: 21–27):

Einflussfaktoren

- Politisches Interesse
- Studium (Habitus, professionelle Identität, Wissen)
- Arbeitsplatz (Professionellen Identität, Kultur, Position innerhalb der Organisation)
- Soziodemographische Daten (Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss (der Eltern))

In der Auswertung konnte Schmidt keinen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit und dem politischen Interesse finden (vgl. Schmidt 2017: 67). Hingegen wurde offensichtlich, dass eine hohe Relevanz von politischen Fragestellungen während des Studiums die Zustimmung zu einem politischen Auftrag positiv beeinflusst (vgl. ebd.: 69f). Ebenso verhielt es sich mit Organisationen, in denen ein politischer Auftrag explizit als Arbeitsauftrag thematisiert wird. Dabei zeigte sich in den Ergebnissen, dass dieser Arbeitsauftrag in 51.2% der Fälle ein geringes bis gar kein Thema darstellt, während nur in 23.1% der politische Auftrag von den Organisationen klar thematisiert wird. (vgl. ebd.: 70f) Bei den soziodemographischen Daten wies ausschliesslich die Variable des Alters eine Korrelation auf. Je älter die befragten Sozialarbeitenden waren, desto eher lehnten sie einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit ab. (vgl. ebd.: 73) Dieser Befund scheint interessant, gerade weil in der Untersuchung von Schmidt die älteren Fachpersonen sich tendenziell politisch interessierter zeigten.

Im Jahr 2017 veröffentlichten Günter Roth und Aysel Yollu-Tok ihre Ergebnisse aus einer Studie, die sie im Oktober 2015 mit 115 Studierenden des Bachelorstudiengangs in Sozialer Arbeit an der Hochschule München durchgeführt haben. Nur 2.6% der befragten Studierenden gaben an, sich sehr stark für Politik zu interessieren. Die Forscher konnten hierbei ein signifikant höheres Interesse bei Männern als bei Frauen feststellen. (vgl. Roth & Yollu-Tok 2017: 160) 77.4% der Befragten erklärten, bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben. «Gut die Hälfte der Studierenden (53.5%) geben zudem an, sich in den letzten zwölf Monaten bei Unterschriftensammlungen beteiligt oder Produkte oder Unternehmen boykottiert zu haben (57.5%); 36.2 Prozent nahmen an politischen Demonstrationen teil und 11.8 Prozent arbeiteten in einer politischen Organisation oder einem Interessenverband mit, aber nur 3.9 Prozent in politischen Parteien, Kontakte mit Politikerinnen bestätigten 9.4 Prozent. Damit zeigt sich ein starkes Gefälle der politischen Beteiligung: Wenig aufwändige oder anspruchsvolle Aktivitäten werden bevorzugt und die Distanz zur aktiven Mitarbeit in politischen Organisationen und zu Politikerinnen ist sehr gross.» (ebd.: 161) Die Aussage «Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken» haben in der Studie von Roth und Yollu-Tok 28.1% verneint (vgl. ebd.) Bei der Frage nach der politischen Orientierung gaben 10.4% der Befragten auf einer Skala von 1=links bis 10=rechts Werte zwischen 6 und 10 an. Die Werte zwischen 1 und 5 wurden von 89.6% der Teilnehmenden gewählt. (vgl. ebd.: 163) Die Autoren baten die Studierenden ihre eigene Politikkompetenz entlang von drei Items einzuschätzen. Auf einer Skala von 0 bis 100 lag der Mittelwert bei 46.5, wobei nur 19% Werte über 60 erreichten. (vgl. ebd.: 168f)

2 Mitglieder von Berufsverbänden

In den USA existiert, ähnlich wie in der Schweiz, in Deutschland oder Österreich, eine Vielzahl an Verbänden der Sozialen Arbeit. Die grösste Vertretung von Sozialarbeitenden in den USA ist die im Jahr 1955 aus fünf kleineren Organisationen entstandene National Association of Social Workers (NASW). Die NASW besteht aus 50 Staatsabteilungen (*Chapters*) im ganzen Land, einer internationalen Abteilung und fünf zusätzlichen Abteilungen in Guam, New York City, Puerto Rico, den Jungferninseln und Washington, D.C. Die insgesamt 153'000 Mitglieder sind immer zugleich Angehörige des nationalen sowie des jeweiligen Abteilungsverbandes. (vgl. Scanlon et al. 2006: 41f) In der bisherigen US-amerikanischen Forschung zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden wurden vielfach ausschliesslich Mitglieder des NASW befragt. In diesem Kapitel werden diese Studien vorgestellt.

1968 veröffentlichte Irwin Epstein einen frühen Beitrag zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden. Als Master in Social Work (MSW) befragte der Assistant Professor an der School of Social Work an der University of Michigan 1966 1020 Mitglieder der NASW Region New York City (vgl. Epstein 1968: 102). Zur Operationalisierung von politischer Aktivität stellte er acht Strategien vor und teilte diese in vier Bereiche auf (siehe Tabelle 2). Die Befragten sollten sich dann vorstellen, dass die acht Aktivitäten von einer hypothetischen Gruppe von Sozialarbeitenden angewandt werden, um sich im

Namen der Profession für bessere Rahmenbedingungen einzusetzen. Epstein bat die Teilnehmenden in einem ersten Abschnitt, auf einer Skala mit sieben Punkten von «stimme stark zu» bis «stimmt stark nicht zu» anzugeben, wie sehr sie die vorgeschlagenen Strategien als legitim erachten (vgl. Epstein 1968: 103).

Tabelle 2. «Typology of Social Action Strategies» nach Epstein (1968: 103), eigene Übersetzung

| | Institutionalisiert | Nicht-institutionalisiert |
|----------|---|--|
| Konsens | 1. Forschung zu Themen der Sozialen Arbeit und entsprechende Stellungnahmen 2. Zusammenarbeit und Koordinierung von Programmoptimierungen | 3. Kontakt mit Politikerinnen und Politikern 4. Direkte Unterstützungsangebote einrichten, um deren Funktion zu demonstrieren |
| Konflikt | 5. Adressat*innen über ihre Rechte informieren und sie wenn notwendig dazu ermutigen, Beschwerden einzulegen 6. Kandidierende unterstützen, die sich für gewünschte Reformen einsetzen | 7. Proteste oder Demonstrationen unterstützen 8. Proteste oder Demonstrationen selber organisieren |

In den Ergebnissen zeigte sich eine sehr hohe Zustimmung zu konsensorientierten Strategien. Die Strategien eins bis fünf erreichten Zustimmungswerte von über 90%, Strategie sechs stimmten 68.6% zu. Im Bereich der nicht-institutionalisierten, konfliktorientierten Strategien sahen 49.4% die Unterstützung von Protesten und 33% die Organisation von Protesten und Demonstrationen als legitim an (vgl. Epstein 1968: 104). Im zweiten Abschnitt befragte der Forscher die Teilnehmenden anhand derselben Einteilung nach der wahrgenommen effektivsten Strategie. Hier wurden die institutionalisierten-konsensorientierten Strategien eins (28.8%) und zwei (23.7%) prominent genannt. Interessanterweise nahm ein grösserer Teil der Befragten die institutionalisierten, konfliktorientierten (11.8%) im Vergleich mit den nicht-institutionalisierten, konfliktorientierten Strategien (13.9%) als weniger effektiv wahr. Die teilnehmenden Sozialarbeitenden schienen insgesamt genau diejenigen Strategien als besonders effektiv zu kennzeichnen, die sie gleichzeitig auch als legitim erachteten (vgl. ebd.: 105f). Im dritten und letzten Abschnitt seiner Untersuchung hat Epstein gefragt, welche Strategien möglicherweise die grösste Zustimmung durch Arbeitskolleg*innen sowie Arbeitgebende erfahren würden. Hier zeigte sich eine klare Tendenz: 70.5% gaben institutionalisierte, konsensorientierte Strategien an, 19.9% wählten nicht-institutionalisierte, konsensorientierte Strategien und nur je 3.6% entschieden sich für institutionalisierte sowie nicht-institutionalisierte konfliktorientierte Strategien. Die geringe Ausprägung bei den Strategien fünf bis acht ist insbesondere dahingehend verwunderlich, als dass sie bei der Effektivitätsschätzung weitaus höhere Werte erlangten (vgl. ebd.: 107).

13 Jahre später publizierte James L. Wolk eine weitere Studie, auf die sich alle jüngeren Arbeiten beziehen. Wolk hat einen Doctor in Social Work (DSW), war zum Zeitpunkt der Publikation Assistant Professor an der School of Social Work an der Western Michigan University und hat sich 1981 mit der Frage befasst «Are social workers politically active?» (Wolk 1981). Er beobachtete, dass in der Literatur eine aktive politische Einmischung von Sozialarbeitenden gefordert wurde, «... even though the extent and quality of the political activism of social workers have never been documented» (ebd.: 283). Diese Lücke wollte Wolk mit seiner Untersuchung schliessen und befragte dazu 289 Mitglieder der NASW, Region Michigan. Er ermittelte das Ausmass sowie die verschiedenen Formen der politischen Aktivität von Sozialarbeitenden und verglich seine Ergebnisse mit dem politischen Verhalten von anderen Gruppierungen. Wolk unterteilte die Befragten in politisch inaktive, aktive und sehr aktive Personen und stellte dar, dass Sozialarbeitende politisch weitaus aktiver sind als durchschnittliche Gesellschaftsmitglieder (vgl. ebd.: 285). In einem Vergleich unter Sozialarbeitenden fand Wolk heraus, dass Professionelle auf «macro-level» signifikant politisch aktiver sind als Sozialarbeitende, die an der Basis mit Adressat*innen arbeiten (vgl. ebd.: 285–287). Zur Operationalisierung von politischer Partizipation verwendete Wolk sieben Aktivitäten wie zum Beispiel politische Themen diskutieren, Mitgliedschaft in einer politischen Organisation oder Briefe an Politiker*innen schreiben. Die Wahlbeteiligung erfragte Wolk nicht (vgl. ebd.: 287).

1987 befragten Linda Cherrey Reeser von der Western Michigan University und Irwin Epstein vom Hunter College 682 Sozialarbeitende der New Yorker Region der NASW. Ihr Ziel war es, Einstellungen der Sozialarbeitenden gegenüber Armut und politischer Aktivität zu erheben (vgl. Reeser & Epstein 1987: 610). Die erhobenen Daten haben die Forschenden mit den Ergebnissen aus der Dissertation von Epstein aus dem Jahr 1968 verglichen. Im Ergebnis zeigte sich ein Widerspruch: Im Jahr 1984 gab ein grösserer Anteil der Befragten strukturelle Rahmenbedingungen als Hauptgrund für die Existenz von Armut an, während 1968 noch individualisierende Argumentationen überwogen. 1984 stimmten 81% der befragten Sozialarbeitenden der Aussage zu, dass das politische und ökonomische System geändert werden muss, um Armut zu verringern. 1968 waren es nur 61% (vgl. ebd.: 615f). Im Gegensatz dazu schien sich die Zieldefinition der Profession Soziale Arbeit zu verkehren: Während 1968 53% der Befragten *gesellschaftlichen Wandel* als Ziel angaben, waren es 1984 nur noch 37% (vgl. ebd.: 618). Diese Einstellung zeigte sich dann auch in der praktischen Arbeit: Während 1968 noch 50% der Befragten mit einer «Lower class clientele» arbeitete und diese Arbeit auch zu 23% präferierte, arbeiteten 1984 tatsächlich nur noch 23% mit dieser Adressat*innengruppe, wobei die Präferenz für diese Arbeit ebenfalls auf 14% sank (vgl. ebd.: 619f). Sowohl in der Umfrage von 1968 als auch in der Studie von 1987 fanden die Forschenden eine hohe Zustimmung zu konsensorientierten und eine geringere Zustimmung zu nicht-institutionalisierten Konfliktstrategien (vgl. ebd.: 617). Die gleichen Daten nutzte Reeser (1988), um zu untersuchen, inwiefern sich Sozialarbeitende in verschiedenen Berufsfeldern in Bezug

auf ihre politische Aktivität unterscheiden. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Professionelle der Gemeinwesenarbeit politisch aktiver sind als Sozialarbeitende in der sozialen Gruppenarbeit. Diese wiederum stellten sich als politisch aktiver heraus als Berufsleute in der Einzelfallhilfe (vgl. Reeser & Epstein 1987: 49).

1991 analysierten Michael D. Parker und Michael Sherraden (1991) die mit Wahlen in Verbindung stehenden Aktivitäten von Sozialarbeitenden. Parker und Sherraden sind beide Professoren an Hochschulen für Soziale Arbeit in den Vereinigten Staaten. Sie stellten fest, dass in der Fachliteratur Sozialarbeitende zu politischer Aktivität aufgefordert werden und teilweise über eine zu geringe politische Aktivität der Profession beklagt wird. Die Autoren kritisieren diese Behauptungen dahingehend, dass ihnen keine bis wenig empirischen Belege zugrunde liegen. Dies wollten Parker und Sherraden ändern, indem sie 222 NASW-Mitglieder aus allen Bundesstaaten der USA zu ihren politischen Aktivitäten während der Präsidentschaftswahlen im Jahr 1988 befragten (vgl. ebd.: 23). Die Forscher fanden heraus, dass 92.8 Prozent der Teilnehmenden gewählt haben. Interessant ist, dass die Wahlbeteiligung in dieser Studie – im Unterschied zu Untersuchungen der Gesamtgesellschaft – nicht mit Bildung, Alter, Geschlecht, Einkommen oder Wohnort korrelierte. Eine einzige starke Korrelation wurde zwischen politischer Aktivität und Hausbesitz gefunden (vgl. ebd.: 25). Parker und Sherraden erklärten sich diese Resultate mit der Tatsache, dass der Sozialarbeitendenstatus gewisse Variablen, wie zum Beispiel Einkommen und Bildung, nivelliert. Ausserdem vermuteten sie, dass die Charakteristika von Sozialarbeitenden den Einfluss von anderen Variablen, wie zum Beispiel Alter oder Rasse, überschreiben (vgl. ebd.: 26). Neben der Wahlbeteiligung erfragten die Forscher drei weitere mit Wahlen in Zusammenhang stehende Aktivitäten: 26.1% spendeten Geld an Kandidaten oder Parteien, 18.5% der Befragten nahmen an einer politische Zusammenkunft oder Kundgebung teil und 12.2% arbeiteten für Kandidierende oder eine Partei, indem sie zum Beispiel Telefonate mit potentieller Wähler*innenschaft führten oder Geld sammelten (vgl. ebd.). So konnten Parker und Sherraden letztlich einen *electoral participation score* errechnen. Für jede Aktivität, auch Wählen, erhielten die Befragten einen Punkt. Teilnehmende mit null Punkten wurden als inaktiv (5.9%), solche mit einem Punkt als passiv (60.4%), Befragte mit zwei Punkten als aktiv (17.6%) und Sozialarbeitende mit drei oder mehr Punkten als sehr aktiv (16.2%) bezeichnet. Nur drei Personen haben Geld gespendet oder an einer politischen Kundgebung teilgenommen ohne gleichzeitig zu wählen (vgl. ebd.: 27).

Margaret Dietz Domanski von der School of Social Work an der Columbia University in New York befragte im Jahr 1998 513 Mitglieder der Society for Social Work Administrators in Health Care (SSWAHC). Mit ihrem Fragebogen erhob sie sowohl demographische als auch umfassende Aktivitätsdaten. Sie stellte den Teilnehmenden 34 konventionelle und unkonventionelle politische Tätigkeiten zur Auswahl. Die Befragten konnten jeweils angeben, ob sie entsprechend aktiv sind oder nicht (vgl.

Dietz Domanski 1998: 161f). In der Auswertung teilte die Forscherin die Antwortenden zehn Prototypen zu. Dabei zeigte sich, dass die Beforschten insbesondere dann tätig wurden, wenn die entsprechende Tätigkeit wenig Ressourcen in Form von Zeit und Geld beansprucht (vgl. ebd.: 162). So konnte Dietz Domanski 99% der Teilnehmenden dem Prototyp *Communicator*, 97% dem Prototyp *Advocate*, 96% dem Prototyp *Voter* und 90% der Befragten allen drei Prototypen zusammen zuteilen. Die wenigsten Nennungen erhielten mit 13% der Prototyp *Witness* und mit 9% der Prototyp *Activist* (vgl. ebd.).

Die Assistenzprofessorin in Sozialer Arbeit an der Western Carolina University Janet C. Dickinson (2004) knüpfte an den Forschungen von Epstein (1968) und Reeser und Epstein (1987) an. Wie bereits diese beiden Forschenden, untersuchte Dickinson nicht die tatsächliche politische Aktivität von Sozialarbeitenden, sondern erforschte deren Zustimmung zu gewissen hypothetischen Strategien und Überzeugungen. Dazu befragte sie 152 Mitglieder einer NASW-Region im Südosten der USA (vgl. Dickinson 2004: 12-14). Die Umfrage bestand neben demographischen Fragestellungen aus zwei Likert-Skalen. Die erste beinhaltete vier generelle Aussagen zur politischen Verantwortlichkeit der Sozialen Arbeit, die so auch im Ethikkodex der NASW erwähnt werden (siehe Tabelle 3). Die zweite Skala schlug neun konkrete politische Aktivitäten vor. In beiden Fällen konnten die Befragten angeben, ob sie die Aussagen oder Aktivitäten befürworteten oder nicht (strongly disagree, disagree, neutral, agree, strongly agree) (ebd.: 13-15). Darüber hinaus erfragte Dickinson entlang von sieben Vorschlägen die Gründe für politische Inaktivität und wem sich die befragten Sozialarbeitenden in erster Linie verpflichtet fühlen: 1) Der Klientel, 2) der Profession oder 3) ihren Arbeitgebenden (vgl. ebd.: 15).

Tabelle 3. Politische Verantwortlichkeit der Sozialen Arbeit nach Dickinson (2004: 15)

| Aussage | Strongly agree oder agree |
|---|---------------------------|
| Social reform ideals should be a high priority of the social work profession. | 89% |
| Actions for improving social conditions should be a primary responsibility for social workers. | 82.5% |
| Action for improving social conditions should be a function of every social work agency. | 75.4% |
| Action undertaken by social workers for improving social conditions should be carried out through professional organizations. | 74.2% |

Für die Auswertung fasste Dickinson die Antworten auf die insgesamt 14 Fragen der beiden Skalen zusammen und untersuchte Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Ausprägungen und einzelnen demographischen Daten sowie beruflichen Angaben (vgl. ebd.: 16–20). So fand sie zum Beispiel heraus, dass öffentlich angestellte Sozialarbeitende am ehesten und Sozialarbeitende in psychiatrischen Settings

am wenigsten der Aussage zustimmten, dass *social action* eine Hauptverantwortung von allen Sozialarbeitenden sein sollte (vgl. Dickinson 2004: 17). Teilnehmende, die sich in erster Linie der Profession (20.6%) verpflichtet fühlten, stimmten den meisten der 14 Aussagen und Tätigkeiten zu, auf sie folgten Sozialarbeitende, die sich vor allem der Klientel (69.7%) und dann diejenigen, die sich ihren Arbeitgebenden (5.8%) verpflichtet fühlten (vgl. ebd.: 18f). Auf die Frage nach den Gründen für politische Inaktivität gaben 32.2% der Befragten an, dass sie aufgrund ihrer Arbeit und/oder persönlicher und familiärer Verpflichtungen keine Zeit für ein politisches Engagement haben (vgl. ebd.: 15). Dickinson stellte, wie auch schon Epstein (1968), fest, dass Konsens-Strategien bei Sozialarbeitenden eine hohe Akzeptanz genossen. So wurde zum Beispiel das Verfassen von Leserbriefen mit einem Durchschnitt von 4.32 von maximal 5 bewertet. Im Gegensatz dazu, fanden konfliktorientierte Strategien – wie zum Beispiel Streiks für bessere Rahmenbedingungen der Klientel (2.95 von 5) oder eigene Arbeitsbedingungen (3.05 von 5) – weniger Anklang (vgl. Dickinson 2004: 16). 89 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass soziale Reform für die Soziale Arbeit eine hohe Priorität innehaben sollte. Demokraten und Independents stimmten dieser Aussage eher zu als Republikaner (vgl. ebd.: 19). Damit konnte Dickinson, anders als Hamilton (1998; siehe unten), einen Effekt der Parteizugehörigkeit identifizieren. Trotz einer hohen Zustimmung bedeutet dieses Ergebnis auch, dass 11% der Teilnehmenden der oben genannten Aussage nicht zustimmten. Dies wollte Dickinson verändern und entwickelte Empfehlungen für das Studium in Sozialer Arbeit. So regte sie zum Beispiel an, dass Studierende im Rahmen ihrer Ausbildung politische Strategien – auch konfliktorientierte – lernen und in der Praxis trainieren sollen (vgl. ebd.: 21).

Im Jahr 2010 haben Sunny Harris Rome und Susan Hoehstetter (2010) eine weitere Studie zur politischen Partizipation von Sozialarbeitenden veröffentlicht. Rome ist Professorin am Departement für Soziale Arbeit an der George Mason University und ist dort zuständig für das Bachelor- und Masterstudium. Früher arbeitete sie für das U.S. Bildungsdepartement und als Lobbyistin der NASW. Hoehstetter hat einen Master in Social Work und einen Bachelor in Soziologie und Politikwissenschaften. Sie leitete während 13 Jahren die Abteilung Regierungsbeziehungen der NASW und ist heute als Senior Advisor der *Alliance for Justice* tätig. Die Untersuchung der beiden Forscherinnen ist in vier Punkten wegweisend: **Erstens** ist die Studie eine der wenigen, die sich eines nationalen Samples bedient. Viele Vorgängerstudien haben regionale Subgruppen von Sozialarbeitenden untersucht, wie zum Beispiel einzelne NASW Abteilungen (Salcido & Seck 1992) oder lizenzierte Sozialarbeitende in einem bestimmten Staat (Hamilton 1998). **Zweitens** stellte das Sample von Rome und Hoehstetter das bislang grösste Sample in der Beforschung der politischen Aktivität von Sozialarbeitenden dar: Ihre Studie basiert auf 1274 gültigen Rückmeldungen von NASW-Mitgliedern, während frühere Untersuchungen auf der Grundlage von 190 (Mary 2001) bis 682 (Reeser & Epstein 1987) befragten Sozialarbeitenden erstellt wurden. **Drittens** haben die Autorinnen eine sehr detaillierte Aktivitäts-Skala mit 20 Fragen zur Ermittlung der politischen Aktivität verwendet. Ezell (1993) verwendete zum Beispiel eine Skala mit 7

Fragen. **Viertens** interessierte Rome und Hoechstetter, ähnlich wie bereits Mary (2001), neben konkreten Aktivitäten auch die Einstellungen der Sozialarbeitenden gegenüber politischer Partizipation (vgl. Rome & Hoechstetter 2010: 110). Entsprechend haben sie den Fragebogen in drei Abschnitte unterteilt: Im ersten Teil befragten sie die Teilnehmenden zu ihrer politischen Aktivität (vgl. ebd.: 114), dann folgte ein Abschnitt mit 22 Aussagen zu politischer Aktivität, welche die Sozialarbeitenden mit *strongly disagree, disagree, no opinion, agree* oder *strongly agree* beantworten sollten (vgl. ebd.: 115) und zum Abschluss wurden demografische und berufsspezifische Fragen gestellt (vgl. ebd.: 111f). In den Resultaten zeigte sich kein signifikanter Einfluss von Bachelor- oder Masterabschluss (vgl. ebd.: 112). Alter und Berufserfahrung korrelierten positiv mit politischer Aktivität (vgl. ebd.). Mitarbeitende im öffentlichen Sektor waren politisch aktiver als solche im Nonprofit- und diese wiederum aktiver als diejenigen im Profitbereich (vgl. ebd.: 113). 95% der Befragten gaben an, oft oder immer zu wählen und 54.6% teilen regelmässig ihre politische Meinung mit anderen. 40% der untersuchten Gruppe gaben an, noch nie an einer Demonstration teilgenommen zu haben und 48.2% haben noch nie die Medien kontaktiert. (vgl. ebd.) 87.5% widersprachen der Aussage «that it is unethical for social workers to be involved in politics» (ebd.: 115). 41.7% der Befragten wünschten sich mehr Wissen darüber, wie sie den politischen Prozess beeinflussen können und 65% waren der Meinung, dass sie Politik beeinflussen könnten, wenn sie es versuchen würden (vgl. ebd.: 116). Zwei Aussagen produzierten heterogene Antworten. Der Aussage «It is part of my mission to empower my clients politically as well as personally» (ebd.: 115) stimmten 42% zu, 31% stimmten nicht zu und 27% äusserten keine Meinung. Das Statement «I wish my agency would let me be more involved in politics» (ebd.) lehnten 27.5% ab, 26.8% stimmten zu und 45.7% äusserten keine Meinung.

Neben Items zur politischen Aktivität von Sozialarbeitenden beinhaltete die Umfrage von Rome und Hoechstetter (2010) auch Fragen zum Umgang mit den Adressat*innen. Diesen Themenbereich werteten die Autorinnen zusammen mit Michael Wolf-Branigin, Professor an der George Mason University, aus. Rome, Hoechstetter und Wolf-Branigin (2010) wollten herausfinden, inwiefern die befragten Sozialarbeitenden ihre Adressat*innen dazu ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden. Dazu verwendeten sie drei Instrumente. Im ersten Abschnitt stellten sie 18 Möglichkeiten dar, wie die Adressat*innen in der Arbeitspraxis zu politischem Engagement motiviert werden kann. Die Teilnehmenden wurden gebeten, für jede Möglichkeit anzugeben, ob sie diese nie, selten, manchmal, oft oder immer ausschöpfen. (vgl. ebd.: 208) Im zweiten Abschnitt präsentierten die Forschenden acht Aussagen, auf welche die Befragten mit starker Ablehnung, Ablehnung, keiner Meinung, Zustimmung oder starker Zustimmung reagieren sollten (vgl. ebd.: 211). Zum Schluss konnten die Teilnehmenden in einem Feld eigene Gedanken und Anregungen zum Thema festhalten (vgl. ebd.: 205). Die befragten Sozialarbeitenden gaben nur bei zwei von 18 Aktivitäten zu mehr als einem Drittel an, dass sie diese oft oder immer anwenden. 33.6% ermutigen ihre Klientel regelmässig, sich zum Wählen registrieren zu lassen und 33.7% motivieren ihre Adressatinnen und Adressaten dann auch zum Wählen. Knapp unter einem

Drittel der Befragten empfehlen ihren Adressat*innen, die Nachrichten zu verfolgen (31.7%). Alle anderen 15 Möglichkeiten wurden nur von 8.7% bis 22.1% der befragten Sozialarbeitenden oft oder immer genutzt. Mehr als die Hälfte aller Teilnehmenden gab an, dass sie neun Aktivitäten nie anwendet. So ermutigen zum Beispiel 54.5% ihre Klientel nie, in politischen Kampagnen mitzuwirken oder 57.8% unterstützen ihre Klientel nie bei der Kontaktierung von Zeitung oder anderen Medien. (vgl. Rome et al.: 208) Rome, Hoehstetter und Wolf-Branigin konnten aufzeigen, dass einige demographische und berufsspezifische Faktoren die politische Ermächtigung der Adressat*innen wesentlich beeinflussen. So ermutigten zum Beispiel Sozialarbeitende mit viel Berufserfahrung, einem Dokortitel, einem Arbeitsort in der Stadt, öffentlich-rechtlichen Arbeitgebenden oder einer starken Parteipräferenz ihre Klientel eher zu politischen Aktivitäten als ihre jeweiligen Kontrollgruppen. (vgl. ebd.: 206) Interessanterweise handelt es sich hierbei genau um diejenigen Gruppen von Sozialarbeitenden, die auch selber politisch am aktivsten sind (vgl. z.B. Rome & Hoehstetter 2010; Ezell 1993; Wolk 1981). Bei den Fragen nach den Einstellungen der Sozialarbeitenden zeigte sich ein teilweise uneindeutiges Bild. So stimmten zwar 63% der Befragten der Aussage zu, dass es ethisch vertretbar sei, die Klientel zu politischen Aktivitäten zu ermutigen. Gleichzeitig waren aber nur 42% der Teilnehmenden der Meinung, dass die politische Ermächtigung der Adressat*innen zum eigenen Auftrag gehört. 18.4% gaben zudem an, dass ihre Arbeitgebenden eine Einwirkung auf die politische Aktivität der Adressat*innen verbieten. (vgl. Rome et al. 2010: 211) In der Diskussion ihrer Ergebnisse wiesen die Forschenden darauf hin, dass die untersuchten Sozialarbeitenden ihre Klientel genau in diesen Aktivitäten unterstützen, die sie auch für sich selbst am ehesten anwenden. Dabei handelt es sich vornehmlich um passive Aktivitäten und weniger um zeit- oder kostenintensive oder gar konfliktorientierte Tätigkeiten. (vgl. ebd.: 212)

3 Sozialarbeitende

Edward J. Pawlak, Professor am Alberta College of Social Work, und John P. Flynn, Professor an der School of Social Work an der Western Michigan University in Kalamazoo, interviewten im Jahr 1990 57 Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleiter von Organisationen im Sozialwesen in vier Städten des Bundesstaates Michigan. Pawlak und Flynn (1990) konzipierten politische Aktivität entlang von 19 konventionellen Aktivitäten wie zum Beispiel Parteispenden, Briefe an Politiker*innen verfassen, Parteimitgliedschaft etc. und unterschieden explizit zwischen «on the job» und «off the job» Aktivitäten. Sie befragten die Teilnehmenden in strukturierten Interviews mit 63 geschlossenen und 31 offenen Fragen (vgl. ebd.: 307f). In den Ergebnissen zeigte sich, dass die Befragten insbesondere auf Bundesstaats- und weniger auf nationaler oder lokaler Ebene aktiv sind. Als Privatpersonen gaben 81% der Befragten an, Parteien oder Kandidierende finanziell zu unterstützen während nur 5% an Streiks teilnahmen oder für ein politisches Amt kandidierten. Die Mehrheit der Geschäftsführenden gab an, dass sie durch ihre politische Aktivität sowohl privat als auch beruflich für die Organisation positive Konsequenzen erlebt haben. Zum Beispiel seien neue Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen, Kürzungen

verhindert oder neue Kontakte zu Entscheidungstragenden geknüpft worden. (vgl. Pawlak & Flynn 1990.: 308) So beschrieben denn auch 16 der Befragten politische Aktivität als zentrales Instrument ihrer Geschäftsleitungsfunktion. Dem widersprachen 32 Teilnehmende, die gegenüber politischer Aktivität aufgrund von Rollen- oder Interessenskonflikten Bedenken äusserten. Gleichzeitig wurde klar, dass solche Bedenken nicht mit politischer Inaktivität gleichzusetzen sind: «These matters call for management, not withdrawal from political activity» (ebd.: 310). Die Ergebnisdarstellung schliesst mit den Empfehlungen der Geschäftsführenden. Diese ermutigen Sozialarbeitende und andere Geschäftsführer*innen, sich politisch einzubringen. «Involve yourself in the local community». Weiter wurde geraten, Gemeinsamkeiten mit der Opposition zu identifizieren und wo zielführend zusammenzuarbeiten. Zuletzt wurde die Wichtigkeit einer professionellen und ehrlichen Kommunikation unterstrichen (vgl. ebd.: 310).

Im Jahr 1993 untersuchte Mark Ezell (1993) von der University of Washington, inwiefern die Amtszeit von Präsident Ronald Reagan die politische Aktivität von Sozialarbeitenden beeinflusst hat. Dazu hat einerseits die Daten von Wolk (1981) herbeigezogen und andererseits selbst 311 Mitglieder des NASW Washington sowie 77 Absolventinnen und Absolventen der Washington School of Social Work befragt. Zur Operationalisierung von politischer Aktivität verwendete er den von Woodward und Roper (1950) eingeführten und von Wolk (1981) weiterentwickelten Political Activity Index in einer leicht angepassten Formulierung (vgl. Ezell 1993: 84).

Tabelle 4. Political Activity Index nach Ezell (1993), eigene Übersetzung und stichwortartige Zusammenfassung

| Item | Antwort | Punkte |
|---|--------------|----------|
| Mitglied in einer politischen Organisation | Ja | 1 |
| | Nein | 0 |
| Politische Themen diskutieren | Nie | 0 |
| | Gelegentlich | 1 |
| | Oft | 2 |
| Briefe an Politiker*innen | Ja | 1 |
| | Nein | 0 |
| Mitarbeit in Kampagnen | Ja | 1 |
| | Nein | 0 |
| Teilnahme an politischen Veranstaltungen | Ja | 1 |
| | Nein | 0 |
| Finanzielle Unterstützung von Politiker*innen oder Parteien | Ja | 1 |
| | Nein | 0 |
| Vor einem Legislativkomitee aussagen | Ja | 1 |
| | Nein | 0 |
| Maximale Punktzahl | | 9 |

Die Einteilung in nicht aktiv, aktiv und sehr aktiv übernahm Ezell der Vergleichbarkeit halber ebenfalls von Wolk. Das bedeutet: Personen mit Punktzahlen von 0 bis 2 wurden als inaktiv eingestuft, 3 bis 5 galt als aktiv und ab sechs Punkten galten die Befragten als politisch sehr aktiv (vgl. Ezell 1993.: 85). Im Vergleich zwischen 1981 und 1989 zeigte sich eine eindeutige Zunahme der politischen Aktivität: Während 1981 noch 66.1% in die aktive oder sehr aktive Kategorie fielen, erhöhte sich diese Zahl 1989 auf 85.7%. 1989 waren die häufigsten Aktivitäten *Politische Themen diskutieren* (Gelegentlich und oft: 99.4%), *Briefe verfassen* (83.9%) und *Mitglied einer politischen Organisation sein* (66.4%). *Mitarbeit in Kampagnen* (27.3%) und *Vor einem Legislativkomitee aussagen* (9.2%) waren weniger stark vertreten (vgl. ebd.: 87). Da Ezell auch demographische Daten abfragte, konnte er einzelne erklärende Faktoren für politische Aktivität identifizieren. So stellten sich zum Beispiel dunkelhäutige Sozialarbeitende, NASW-Mitglieder, «macro practitioners» und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen als besonders aktiv heraus (vgl. ebd.: 86). Ezell entwickelte über diese Abfragen hinaus ein Instrument, um die Motivation der Sozialarbeitenden für politische Aktivität zu testen. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Einsatz für ihre Adressat*innen ein wichtiger Grund für die politische Aktivität der befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit darstellt (vgl. ebd.: 89f).

1998 befragte Arlene Bowers Andrews von der University of South Carolina 184 Child and Family Service Workers. Ihr Studiendesign war auf mehreren Ebenen wegweisend für zukünftige Forschungsarbeiten. Einerseits hat sie in ihrer Umfrage, basierend auf der Selbstwirksamkeitstheorie von Bandura (1977), auch die interne und externe politische Wirksamkeit der Befragten sowie deren Vertrauen in gewählte Politiker*innen und ins Politiksystem allgemein erhoben (vgl. Bowers Andrews 1998: 441). Andererseits hat sie erstmals auch das Praxisfeld der Teilnehmenden erfragt: Sie ging davon aus, dass politische Aktivität von Mitarbeitenden in öffentlich-rechtlichen Organisationen anders als von Mitarbeitenden in Non-Profit oder anderen privaten Einrichtungen gelebt wird (vgl. ebd.: 442). In der Messung der politischen Aktivität entwickelte Bowers Andrews – differenzierter als z.B. Wolk oder Ezell, die nur etwa sieben bis neun Items abfragten – insgesamt 19 Typen politischer Tätigkeit (vgl. ebd.: 443f). In der Auswertung wies sie diese den vier Kategorien *personal contact with officials*, *group action*, *public act* und *campaign act* zu (vgl. ebd.: 441f). Bezogen auf einzelne Aktivitäten gaben 65% der Befragten an, in den letzten acht Monaten eine Kandidatin oder einen Kandidaten gewählt zu haben, die oder der sich für die Angelegenheiten von Kindern einsetzt. Nur 1.1% der Befragten erklärten, bereits selber für ein politisches Amt kandidiert zu haben (vgl. ebd.: 443f). Die Einteilung in die vier Kategorien zeigte, dass 75.6% der Teilnehmenden an politischen Gruppenaktivitäten teilnahmen. 20.2% waren in Kampagnen aktiv (vgl. ebd.: 444). Als zentrales Ergebnis der Studie von Bowers Andrews kann gewertet werden, dass eine ausgeprägtere politische Wirksamkeit mit einer höheren politischen Aktivität einhergeht (vgl. ebd.: 457f).

David Henry Hamilton (1998) hat in seiner Dissertation die politische Aktivität von 242 zertifizierten Sozialarbeitenden im Staat New York untersucht. Ähnlich wie Bowers Andrews (1998) forschte er u.a. mit der Konzeption der politischen Wirksamkeit. Er ging aber noch weiter: Unter Rückgriff auf das von den Politologen und Politikwissenschaftlern Sidney Verba, Kay Lehman Schlozmann und Henry E. Brady (1995) entwickelte *Civic Voluntarism Model* ging Hamilton von drei zentralen Einflussfaktoren auf politische Partizipation aus. Er nahm an, dass Ressourcen, Mobilisationsnetzwerke und politische Involvierung die tatsächliche politische Aktivität von Individuen wesentlich bestimmen (vgl. Hamilton 1998: 20).

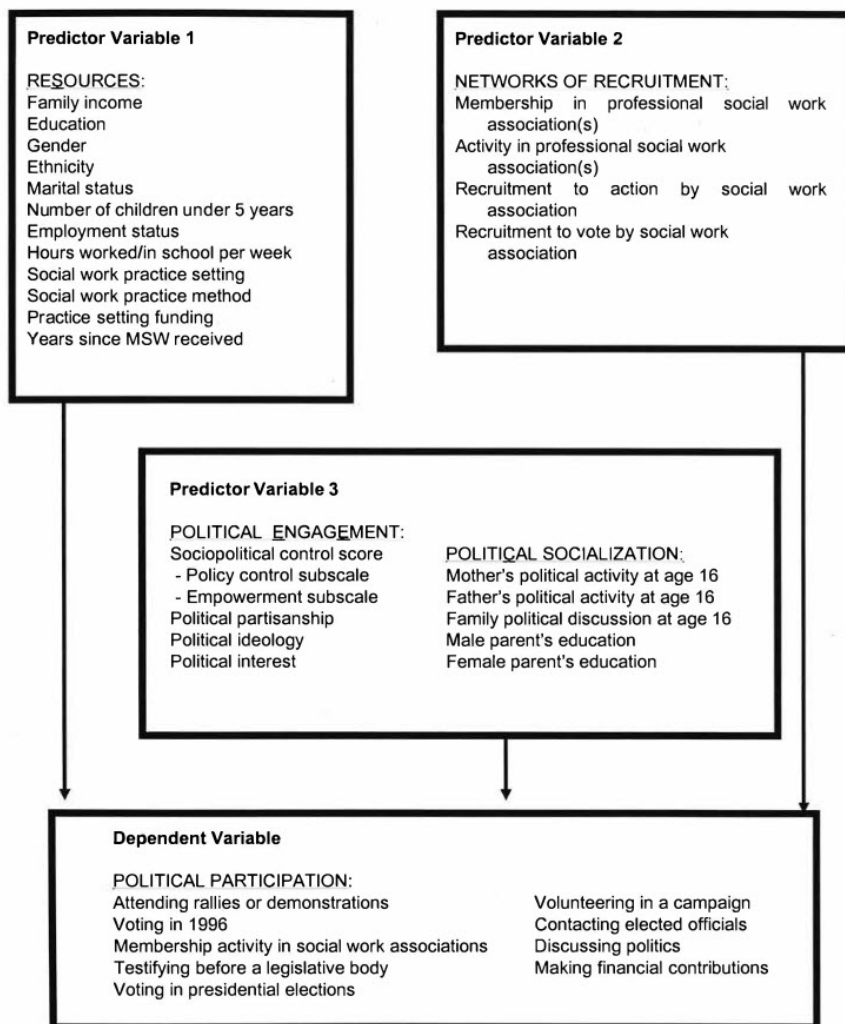


Abbildung 1. Operationalisierung von Hamilton angelehnt am Civic Voluntarism Model von Verba et al. (1995)

92% der von Hamilton befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit haben an der Präsidentschaftswahl von 1996 gewählt (vgl. ebd.: 118). Wie bereits in verschiedenen Studien zuvor (Ezell 1993; Reeser 1988; Wolk 1981), zeigte sich somit auch in der Untersuchung von Hamilton eine höhere Wahlbeteiligung von Sozialarbeitenden verglichen mit der Gesamtbevölkerung. Hamilton konnte aufzeigen, dass mit zunehmendem Zeitaufwand die Aktivität der Befragten sinkt (vgl. Hamilton 1998: 127f). Das Einkom-

men hingegen zeigte keine signifikanten Effekte (vgl. ebd.: 132). Weitere positiv mit politischer Aktivität zusammenhängende Faktoren waren: Jahre seit der Diplomierung und Alter (vgl. Hamilton 1998: 134f), Mitgliedschaft und Aktivität in der NASW (vgl. ebd.: 137), Interesse an Politik (vgl. ebd.: 145) und – wie auch in der Studie von Bowers Andrews (1998) – politische Wirksamkeit (vgl. Hamilton 1998: 141). Eine negative Korrelation fand Hamilton zwischen politischer Aktivität und der Anzahl an Kindern unter 5 Jahren. Der Forscher stellte dar, dass politische Aktivität nicht durch eine gewisse Parteipräferenz, dafür aber sehr wohl durch die Stärke der Identifizierung mit einer Partei oder Ideologie (liberal, konservativ) bestimmt wird (vgl. ebd.: 143). Im Jahr 2001 publizierte Hamilton zusammen mit seinem Doktorvater David Fauri die wichtigsten Ergebnisse seiner Forschung in einem Artikel des *Journal of Social Work Education*. Aus den gewonnenen Erkenntnissen leiteten Hamilton und Fauri (2001) Empfehlungen für die Ausbildung in Sozialer Arbeit ab. Zum Beispiel regten sie an, Studierenden praktische Lernerfahrungen in politischen Projekten und Kampagnen zu ermöglichen und so ihre politische Wirksamkeit zu stärken (vgl. ebd.: 330).

Nancy L. Mary hat 2001 eine Studie veröffentlicht, in der sie die politische Aktivität von Dozierenden und Praxisauszubildenden untersucht und zwischen den Jahren 1989 (N=127) und 1999 (N=63) verglichen hat. Sie interessierte sich neben der politischen Aktivität auch dafür, ob und wie die Befragten Wertkonflikte zwischen Sozialer Arbeit und Politik wahrnehmen und wie sie gedenken, zukünftig politisch zu handeln (vgl. Mary 2001: 2). Zur theoretischen Rahmung ihrer Studie hat sich Mary auf Lester W. Milbrath's «hierarchy of political involvement» sowie auf Daniel Thursz' «three assumptions regarding social action» abgestützt (ebd.: 5). Ihrer Arbeit lagen die folgenden vier Hypothesen zugrunde (vgl. ebd.):

1. Sozialarbeitende sind politisch aktiver als durchschnittliche Gesellschaftsmitglieder
2. Sozialarbeitende zeigen eine hohe Aktivität in Milbrath's «Spectator» Level (z.B. Wählen), während nur wenige in «Gladiator»-Tätigkeiten involviert sind, wie zum Beispiel selbst für ein Amt zu kandidieren.
3. Die Variablen *Einkommen* und *Alter* korrelieren positive mit politischer Aktivität.
4. «Macro practice social workers» sind politisch aktiver als Sozialarbeitende, die im direkten Kontakt mit Adressat*innen arbeiten.

Hypothesen 1, 2 und 4 konnte Mary bestätigen (vgl. ebd.: 6). Hypothese 3 traf in der untersuchten Gruppe nicht zu (vgl. ebd.: 8). In der quantitativen Befragung zeigte sich, dass Angestellte in öffentlich-rechtlichen Organisationen signifikant politisch aktiver waren als privat Angestellte, z.B. in Non-Profit Unternehmen (vgl. ebd.: 9). Um die Gründe dafür zu eruieren, führte Mary sieben Telefoninterviews mit Befragten durch und identifizierte «Angst» als einen wichtigen Faktor. Eine interviewte Person erklärte z.B. die Wichtigkeit, sich mit den entscheidungsberechtigten Politikerinnen und Politikern gut zu stellen: «Many of us have to rely on government funding and it's a double edged sword—you don't

want to bite the hand that feeds you... in this county most of the philanthropists and elected officials are well-to-do. If you are not careful you could suffer a decrease in giving.» (Mary 2001: 10) Mit den *three assumptions* von Thursz (1966) konnte Mary auch die Einstellungen der untersuchten Gruppe zur Kongruenz von Sozialer Arbeit und politischer Aktivität abfragen. Dabei zeigte sich, dass *macro social workers* und Angestellte des öffentlichen Dienstes Soziale Arbeit als immanent politisch, teilweise konflikthaft und mitunter konfrontierend verstanden, während sich diese Einstellung bei privat Angestellten und Sozialarbeitenden an der Basis weniger ausgeprägt zeigte (vgl. Mary 2001: 11). Mehr als 52 der befragten Sozialarbeitenden machten qualitative Angaben zu Hindernissen von politischem Handeln. Davon gaben 25% an, keine Zeit, keine Energie oder kein Geld für ein politisches Engagement zu haben. 20% beschrieben «Politics as Dirty Business» (vgl. ebd.: 14).

Von März bis August 2005 hat das Forschungsteam von Jessica Anne Ritter 396 lizenzierte Sozialarbeitende aus 11 Staaten der USA während 25 bis 30 Minuten telefonisch befragt (vgl. Ritter 2007: 67). Ritter verfolgte zwei Ziele: Erstens wollte sie herausfinden, inwiefern Sozialarbeitende politisch aktiv sind. Zweitens wollte sie erforschen, ob die Befragten über die für politische Aktivität notwendige politische Involviertheit (*psychological engagement*) verfügen (vgl. ebd.: 61). Zur Operationalisierung von politischer Aktivität entwickelte Ritter in Anlehnung an Verba, Schlozman und Brady (1995) eine 12-Punkte Political Activity Scale. Politische Involviertheit unterteilte sie weiter in politisches Interesse (Selbstangabe von *not at all interested* bis *very interested*), politisches Wissen (sieben Wissensfragen zu politischen Prozessen und Personen), Parteipräferenz (sieben Möglichkeiten von *strong Democrat* bis *strong Republican*) und politische Wirksamkeit (vier Fragen zur Selbsteinschätzung der Wirksamkeit). Die Items zur politischen Wirksamkeit konnte Ritter von Niemi, Craig und Mattei (1991) übernehmen (vgl. Ritter 2007: 66f). In einem Folgeartikel weitete Ritter (2008) auf der oben beschriebenen Datenbasis ihr Erkenntnisinteresse aus. Sie wollte das von Verba et al. (1995) entwickelte und bereits von Hamilton (1998) und Hamilton und Fauri (2001) verwendete *Civic Voluntarism Model* testen. Während sie im 2007 publizierten Artikel nur die politische Involviertheit als Dimension des Modells zur Erklärung heranzog, testete sie 2008 den Einfluss aller drei Dimensionen auf die politische Aktivität von Sozialarbeitenden (vgl. Ritter 2008: 349). Es zeigte sich, dass Ressourcen in Form von Freizeit, Einkommen und Wissen keine signifikanten Effekte ausübten. Die stärksten Prädiktoren für politische Aktivität waren die Mitgliedschaft im NASW sowie das angegebene politische Interesse und die politische Wirksamkeit (vgl. ebd.: 353f). In ihrem Fazit fordert Ritter, ähnlich wie Hamilton und Fauri (2001), mehr praktische Trainings für Studierende der Sozialen Arbeit. Sie empfahl zum Beispiel den Einbezug von Studierenden in politische Kampagnenarbeit mit vorbereitenden Politikseminaren (vgl. Ritter 2008: 355).

2016 veröffentlichten Brandi Jean Felderhoff, Richard Hoefler und Larry Dan Watson (2016) ihre Studie, in der sie untersuchten, inwiefern Sozialarbeitende den politischen Ansprüchen des US-amerikani-

schen Berufskodexes gerecht werden. Felderhoff ist Doktorandin, Hoefler Professor und Watson emeritierter Professor an der School of Social Work der University of Texas. Die Autorin und die Autoren stellten fest, dass der NASW Code of Ethics (National Association of Social Workers 2017) Sozialarbeitende explizit zu politischer Aktivität auffordert. Sie wollten überprüfen, in welchem Ausmass Fachpersonen der Sozialen Arbeit dieser Aufforderung in ihrer Praxis tatsächlich nachkommen. Zudem wurde erhoben, welche Ansprüche die Teilnehmenden an das politische Engagement von Berufskolleg*innen sowie des NASW haben (vgl. Felderhoff et al. 2016: 29). In einem dritten Themenbereich wurden die Sozialarbeitenden befragt, wie sie sich über politische Aktualitäten informieren. Felderhoff und Kollegen legten einen Schwerpunkt auf diese Fragestellung, da ihrer Einschätzung nach bislang noch keine empirische Forschung zu diesem wichtigen Einflussfaktor vorlag. Sie stellten klar, dass Wissen und Informationen zentrale Voraussetzungen für politische Aktivität darstellen und es insofern von Bedeutung sei, welche Informationsquellen benutzt werden (vgl. ebd.: 30f). Das Forschungsteam schrieb 789 Besucherinnen und Besucher einer von der NASW-Region Texas organisierten Konferenz an. Nach zwei Erinnerungsmails durch die NASW-Region gingen 149 Rückmeldungen von Mitgliedern und Nichtmitgliedern ein, was einer Rücklaufquote von 19% entspricht (vgl. ebd.: 31). In den Resultaten stellte sich das Internet (ohne Social Media) als beliebteste Informationsquelle heraus. 69 Prozent der Befragten gaben an, sich oft oder fast immer im Internet zu informieren. Auf den Plätzen 2 bis 5 lagen der Austausch mit Freunden, Familie und Mitarbeitenden (57%), Fernsehnachrichten (53%), Zeitung (51%) und mit 50% das öffentliche Radio (vgl. ebd.: 32). Wenig neutrale Meinungs- und Informationsquellen wie zum Beispiel Late-Night-Shows oder Talk Radios wurden kaum angegeben (vgl. ebd.: 34). In Bezug auf die tatsächliche politische Aktivität konnten die Forschenden vorangehende Studien bestätigen: Es zeigte sich insbesondere beim Wählen eine sehr hohe politische Aktivität. Mindestens 89% der Teilnehmenden gaben auf sechs verschiedenen Ebenen (national, lokal, Bundesstaat etc.) an, in den letzten beiden Jahren gewählt zu haben (vgl. ebd.: 33). Weniger aktiv schienen die befragten Sozialarbeitenden auch in dieser Studie zu sein, wenn es darum ging, an Protesten oder Demonstrationen teilzunehmen, sich selber wählen zu lassen oder Geld für Kandidierende zu sammeln (vgl. ebd.: 34). Die Ansprüche an Dritte wurden mit acht vorgeschlagenen Aktivitäten gemessen. 66 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich von anderen Fachpersonen der Sozialen Arbeit und der NASW eine starke Beteiligung in sechs dieser Aktivitäten wünschen würden (vgl. ebd.: 32). Felderhoff und Kollegen schlussfolgerten, dass unter den Teilnehmenden eine hohe Übereinstimmung mit den Idealen des Berufskodexes vorzufinden sei, während die Umsetzung in Form von politischer Aktivität noch optimiert werden könne (vgl. ebd.: 34).

Ebenfalls im Jahr 2016 publizierte Jason A. Ostrander seine Dissertation, in welcher er die politische Partizipation von *clinical social workers* untersuchte⁴. Ihn interessierte, wie Sozialarbeitende politische

⁴ Zur Definition dieser Professionsgruppe siehe zum Beispiel: NASWNY 2010

Partizipation definieren und wahrnehmen, wie sie politische Aktivitäten in ihre Praxis integrieren und welche Faktoren das politische Engagement der Befragten beeinflussen (vgl. Ostrander 2016: 21). Im Gegensatz zu den meisten anderen Studien zu dieser Thematik wählte er eine überwiegend qualitative Herangehensweise. Er führte Leitfadeninterviews mit 23 Sozialarbeitenden aus den Bundesstaaten Connecticut, Rhode Island, Massachusetts, Vermont, New Hampshire und Maine (vgl. Ostrander 2016: 22–26). Nach Beendigung des Interviews wurden die Teilnehmenden gebeten, einen kurzen Fragebogen auszufüllen (vgl. ebd.: 160–164). Dieser sammelte auf drei Seiten demographische Informationen, bevor auf den letzten 1.5 Seiten politische Aktivitäten thematisiert wurden. Ostrander fragte die Sozialarbeitenden nach ihrer Parteipräferenz und der Häufigkeit der politischen Partizipation. Zum Schluss verwendete er die *political participation scale* von Rome und Hoechstetter (2010). Die Auswertung der quantitativen Befragung zeigte, dass 33% der Teilnehmenden sich stark oder sehr stark mit einer Partei identifizierten. 36% der befragten Sozialarbeitenden fühlten eine professionelle Verantwortung, politisch zu partizipieren (vgl. Ostrander 2016: 43f). Ostrander unterteilte die erfragten 18 politischen Aktivitäten in passive (z.B. Nachrichten lesen) und aktive (z.B. an Demonstrationen teilnehmen) Aktivitäten und wies darauf hin, dass die Teilnehmenden – abgesehen von Wählen, was als aktive Aktivität eingestuft wurde – sich am meisten in passiven Formen politischer Aktivität engagieren (vgl. ebd.: 44–48). Dieses Ergebnis stimmt mit den Resultaten aus früheren Studien, zum Beispiel mit der Untersuchung von Hamilton (1998), überein. In der qualitativen Auswertung der Interviews fokussierte Ostrander auf Gendersozialisation und professionelle Einstellungen. Er stellte dar, dass die interviewten Frauen und Männer unterschiedlich politisch aktiv sind. So fand er heraus, dass die befragten Sozialarbeiterinnen aktiver sind in politischen Tätigkeiten, die weniger Zeit, Energie und Ressourcen bedürfen und sich weniger engagieren, wenn es um Aktivitäten geht, die öffentliche Auftritte voraussetzen. Die Sozialarbeiterinnen konnotierten Politik darüber hinaus öfter mit etwas Negativem als ihre männlichen Kollegen und äusserten eine geringere politische Wirksamkeit. Auch die Vereinbarkeit von Beruf, politischer Aktivität und Familie bzw. Care-Arbeit wurde von den befragten Frauen prominenter thematisiert als von den interviewten Sozialarbeitern. (vgl. Ostrander 2016: 83–86) In Bezug auf professionelle Einstellungen beobachtete Ostrander, dass nur eine sehr kleine Gruppe von Interviewten die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit als leitende Berufsmotivation angab. Darüber hinaus bezeichnete ein grosser Teil der befragten Sozialarbeitenden die Verbindung von politischer Aktivität und Einzelfallarbeit mit Adressat*innen als unethisch (vgl. ebd.: 113).

4 NASW Chapters

Die National Association of Social Workers (NASW) ist der grösste Verband für Sozialarbeitende auf der ganzen Welt. Die 153'000 Mitglieder sind in insgesamt 58 Abteilungen organisiert. (vgl. Scanlon et al. 2006: 41) Die politische Aktivität dieser Abteilungen war wiederholt Gegenstand von Forschungsprojekten, die im Folgenden vorgestellt werden.

1992 befragten Ramon M. Salcido und Essie Tramel Seck (1992) von der School of Social Work an der University of Southern California in Los Angeles 52 Abteilungen der NASW nach ihrer politischen Aktivität. Dazu listeten sie eine Auswahl an neun Tätigkeiten (u.a. an Demonstrationen teilnehmen, Briefe an Politiker*innen verfassen) auf und baten die Teilnehmenden um die Angabe, ob die regionale Abteilung diese Aktivitäten in den letzten zwei Jahren nie (=nicht aktiv), einmal (=nicht aktiv), 3) gelegentlich (=aktiv) oder regelmässig (=sehr aktiv) durchgeführt hat (vgl. ebd.: 563). In einem Total konnten so 38% der teilnehmenden Regionalverbände als sehr aktiv, 27% als aktiv und 35% als nicht aktiv klassifiziert werden. Mehr als 50 Prozent der Verbände beteiligten sich sehr aktiv in Form von Briefe schreiben (56%), Politiker*innen anrufen (52%) und Lobbyieren bei Politiker*innen (52%). Am wenigsten aktiv waren die Abteilungen im Teilnehmen an Demonstrationen: 60% wurden dabei als nicht aktiv, 25% als aktiv und nur 15% als sehr aktiv eingestuft (vgl. ebd.). Über diese Liste hinaus untersuchten Salcido und Seck die Wirksamkeit der politischen Verbandsaktivitäten. Dazu wurden die befragten Verbände in einer offenen Frage eingeladen, eine Aktivität zu beschreiben, die ihrer Meinung nach Einfluss auf den politischen Prozess ausgeübt hat. Hier wurden Lobbying, Kampagnenarbeit, persönlicher Kontakt und Protestaktivitäten prominent genannt (vgl. ebd.: 564).

Helen Hartnett, Professorin an der West Virginia University, Scott Harding, Professor an der University of Connecticut und Edward Scanlon, Professor an der University of Kansas, untersuchten im Jahr 2005 ermöglichende und behindernde Einflüsse auf die politische Aktivität von NASW-Abteilungen. Dazu schrieben sie alle 58 Abteilungen der NASW an. 22 der Abteilungen nahmen an der Umfrage teil. Ausgefüllt wurden die Fragebögen von den jeweiligen Geschäftsleitenden. (vgl. Hartnett et al. 2005: 73f) Die Forschenden suchten mit ihrer Studie Antworten auf die folgenden Fragen: «1) To what extent do state NASW members participate in advocacy? 2) What are barriers to participation in political advocacy activities by state NASW members? 3) Which perceived factors promote the political participation by state NASW members?» (ebd.: 73) Zur Bearbeitung der Fragestellungen fokussierten die Autorin und die Autoren auf die in Tabelle 5 dargestellten Bereiche.

Tabelle 5. Forschungsdesign von Hartnett, Harding & Scanlon (2005)

| Fragebereich | Instrument |
|--|---|
| Politischer Kontext im jeweiligen Staat | «How would you describe your state's political environment regarding social welfare?» (Scanlon et al. 2006: 47). Antwortmöglichkeiten waren 1=sehr feindlich, 2=feindlich, 3=neutral, 4=unterstützend, 5=sehr unterstützend |
| Wichtigste politische Themen | In einer offenen Frage konnten die Teilnehmenden die drei wichtigsten politischen Themen angeben. Alle Angaben wurden von den Forschenden kategorisiert und in eine Reihenfolge gebracht. (vgl. Hartnett et al. 2005: 76) |
| Tätigkeiten, in denen die Mitglieder zu Aktivität motiviert werden | Der Fragebogen beinhaltete vier Aktivitäten. Die Befragten konnten angeben, ob sie ihre Mitglieder in den jeweiligen Tätigkeiten zur Aktivität motivieren oder nicht. 1) Get out the Vote campaigns, 2) Run for office, 3) Endorse political Party, 4) Endorse Candidate/Work Campaign. (vgl. ebd.: 78) |
| Kanäle zur Verbreitung politischer Informationen | Sieben Informationskanäle wurden vorgegeben. Die Befragten konnten angeben, ob sie diese nutzen oder nicht. 1) Mail, 2) E-Mail, 3) Telephone, 4) Meetings, 5) Other, 6) Lobby Day, 7) Student placement for advocacy. (vgl. ebd.: 79) |
| Faktoren, die politische Aktivität ermöglichen | In einer offenen Frage konnten die Teilnehmenden je drei ermöglichende und behindernde Faktoren für politische Aktivität angeben. Alle Angaben wurden von den Forschenden kategorisiert und in eine Reihenfolge gebracht. (vgl. ebd.: 76–79) |
| Faktoren, die politische Aktivität behindern | |

In den Ergebnissen zeigte sich ein durchschnittlich negatives Klima für die politischen Anliegen der NASW-Abteilungen (2.26 von 5). Keine Abteilung gab *sehr unterstützende* politische Bedingungen in ihrem Staat an. (vgl. Hartnett et al. 2005: 75) Bei den wichtigsten politischen Themen belegten «Budget» (16 Nennungen), «Health care» (16 Nennungen) und «Child welfare» (7 Nennungen) die ersten drei Plätze (vgl. ebd.: 77). Eine Mehrzahl der Geschäftsleitenden gab an, dass ihre Abteilung die Mitglieder motiviert, selbst für ein politisches Amt zu kandidieren (90.5%) oder eine politische Partei zu unterstützen (85%) (vgl. ebd.: 78). Das mit Abstand wichtigste Kommunikationsmittel scheint die E-Mail zu sein. 90.9% der Befragten gaben an, dass sie ihre Mitglieder über dieses Medium informieren (vgl. ebd.: 79). Bei den Faktoren, die politische Aktivität ermöglichen, stellten sich zwei als zentral heraus. 20 Geschäftsführende schätzten ein, dass Mitglieder vor allem dann aktiv werden, wenn ein Thema sie oder ihren Berufsalltag unmittelbar betrifft. 14 der Befragten gingen zudem davon aus, dass ihre Mitglieder sich nur dann politisch engagieren können, wenn sie Zugang zu den entsprechenden Informationen erhalten. Dieser Faktor zeigte sich auch im umgekehrten Sinn. 16 Geschäftsführende sahen fehlende Informationen oder empfundene fehlende Erfahrung als hindernden Faktor für politische Aktivität. Alle Befragten erklärten, dass ein Mangel an Zeit oder Restriktionen der Arbeitgebenden oftmals die politische Aktivität ihrer Mitglieder einschränken. (vgl. ebd.: 80) Hartnett und Kollegen stellten durch ihre Forschung fest, dass die inhaltlichen Schwerpunkte in vielen Staaten ähnlich sind und schlugen vor, Synergien zwischen den einzelnen NASW-Abteilungen zu nutzen (vgl. ebd.: 81).

Scanlon, Hartnett und Harding veröffentlichten ein Jahr später einen weiteren Beitrag, in dem sie zusätzliche Faktoren der oben beschriebenen Studie analysierten. In ihrem Artikel «An Analysis of the Political Activities of NASW State Chapters» beschrieben sie den Fokus der politischen Aktivitäten der NASW-Abteilungen, deren Ziele und Prioritäten sowie die von den Geschäftsleitenden empfundene Effektivität in der politischen Arbeit (vgl. Scanlon et al. 2006: 41). Die Auswertung der Antworten der 22 teilnehmenden NASW-Abteilungen ergab, dass diese im Schnitt 1.2 Vollzeit- und 1.3 Teilzeitkräfte beschäftigten. 17 von 22 Abteilungen erklärten, dass sie keine Praktika anbieten. (vgl. ebd.: 46) Die Forschenden stellten den Befragten 16 politische Aktivitäten vor und baten die Geschäftsleitenden, anzugeben, ob sich ihre Abteilung entsprechend engagiert oder nicht. 95% aller Teilnehmenden waren eingebunden in politische Koalitionen, 91% lobbyierten aktiv und 90% motivierten ihre Mitglieder, für ein politisches Amt zu kandidieren. Nur 54% gaben an, Lokalpolitik zu beeinflussen. (vgl. ebd.: 48) Scanlon, Hartnett und Harding baten die Geschäftsleitenden in einer offenen Frage, die drei wichtigsten politischen Prioritäten ihrer Abteilungen anzugeben und erhielten 48 Antworten. Genannt wurden staatliches Budget (7 Nennungen), Unterstützung von psychisch Kranken (7), Abschaffung der Todesstrafe (5), Lizenzierungsprozess (5) und weitere Themen. (vgl. ebd.: 47) Ebenfalls in einer offenen Frage erkundigten sich die Forschenden nach den Prozessen, wie und von wem diese Prioritäten festgelegt wurden. Die 41 Antworten teilten sich wie folgt auf: Festgelegt von den Politikverantwortlichen der Abteilung (16 Nennungen), durch Kommunikation von Mitgliedern an die Funktionstragenden der Abteilung (11), durch Entscheide des Vorstandes (6), durch Feedback von Koalitionspartner*innen und durch Empfehlungen des nationalen NASW-Büros (4). (vgl. ebd.: 48f) Zuletzt wurden den Teilnehmenden die folgenden Fragen zur Effektivität ihrer politischen Arbeit gestellt. «Overall, how effective do you think your advocacy efforts are?» Die Antwortmöglichkeiten waren extrem ineffektiv (=1), ineffektiv (=2), effektiv (=3) und extrem effektiv (=4). Der Mittelwert lag bei 2.79. Die zweite Frage zur Effektivität lautete: «Overall, how effective do you think your chapter is at helping candidates get elected?» Diese Frage benutzte dieselbe Skala und das Ergebnis zeigte einen Mittelwert von 2.5. (vgl. ebd.: 49) Basierend auf diesen Ergebnissen formulierten die Autorin und die Autoren folgende Empfehlungen:

- Die NASW-Abteilungen sollen politischen Erfolg mit entsprechende Kriterien definieren. So kann die Erreichung dieser Kriterien regelmässig systematisch überprüft und die Strategie wenn nötig angepasst werden. (vgl. ebd.: 50)
- Die Forschenden gingen davon aus, dass eine Aufstockung der Mitarbeitenden in den Geschäftsstellen der Abteilungen automatisch zu einem Anstieg der Mitgliederzahlen führt. So wäre eine verstärkte Arbeitsteilung möglich und einzelne Mitarbeitende könnten sich explizit auf Politik als Kerngeschäft konzentrieren. (vgl. ebd.: 52)
- Scanlon, Hartnett und Harding empfahlen den NASW-Abteilungen bei der Festlegung von politischen Prioritäten und Zielen verstärkt ihre Mitglieder und Adressat*innen der Sozialen Arbeit einzubeziehen (vgl. ebd.).

David Beimers vom College of Social and Behavioral Sciences an der Minnesota State University untersuchte im Jahr 2015 die NASW hinsichtlich ihrer Mobilisationsfunktion. Beimers (2015) zeigte auf, dass vorangehende Studien zum US-amerikanischen Berufsverband zwei zentrale Punkte ausser Acht liessen. Sowohl die Mobilisierung und Motivation von Studierenden durch den Verband als auch die Bedeutung der *legislative advocacy days*⁵ seien bislang nicht erforscht worden. Diese Forschungslücke wollte Beimers schliessen, indem er 40 Abteilungen der NASW mittels eines Onlinefragebogens befragte. Dabei interessierte ihn konkret, 1) wie die NASW Abteilungen Studierende zu politischer Aktivität mobilisieren, 2) mit welchen Aktivitäten sich die Abteilungen selber in die politische Arena einbringen und 3) wie die NASW Abteilungen die *legislative advocacy days* organisieren. (vgl. ebd.: 261f) In der Auswertung zeigte sich, dass 75% der befragten Abteilungen Studierende in die Organisation der *legislative advocacy days* involvieren. Darüber hinaus wurden die Studierenden von den Abteilungen zu Workshops und Trainings im politischen Bereich (62.5%) oder zur aktiven Mitarbeit in politischen Komitees (65%) eingeladen. Mehrere der Befragten teilten mit, dass sie regelmässig Praktikumsplätze in ihrer Abteilung anbieten. Nur vier Abteilungen (=10%) erklärten, dass sie Studierende nicht aktiv in ihre politische Arbeit einbinden. (vgl. ebd.: 264) Bezogen auf die eigene politische Aktivität gaben die teilnehmenden Abteilungen an, ihre Mitglieder per E-Mail, Facebook, Newsletter, Twitter etc. über aktuelle politische Entwicklungen zu informieren (95%), Kampagnengruppen mit alliierten Gruppierungen zu koordinieren (87.5%), Kandidierende zu unterstützen (85%), eigene politische Positionen zu entwickeln (80%) oder Mitglieder dahingehend zu schulen, dass diese vor einem politischen Komitee aussagen können (80%). 32.5% der befragten Abteilungen organisierten Demonstrationen und 30% veröffentlichten ihre Position in der Presse. (vgl. ebd.: 263) Beimers konfrontierte seine Studienteilnehmenden in einer weiteren Frage mit sechs Aussagen, auf welche die Abteilungen mit starker Zustimmung, Zustimmung, weder noch, Ablehnung und starker Ablehnung reagieren konnten. 82.5% stimmten der Zusage zu oder stark zu, dass ihre Abteilung Möglichkeiten bietet, um sich politisch zu engagieren. 76.9% der Befragten waren sich sicher, dass sich Fachpersonen der Sozialen Arbeit nur mithilfe der NASW wirkungsvoll politisch einbringen können und 80% widersprachen der Aussage, dass politische Einmischung nicht zum Auftrag der NASW gehört. (vgl. ebd.: 264) Bei der Frage nach den *legislative advocacy days* gaben 75% der Abteilungen an, dass sie regelmässig eine solche Veranstaltung mit durchschnittlichen Teilnehmendenzahlen von 285 durchführen. In allen Fällen wurde im Rahmen dieser Veranstaltungen Informationsmaterial zu aktuellen politischen Themen abgegeben, in 93.9% der Fälle konnten die Teilnehmenden sich mit Entscheidungstragenden aus der Politik treffen, 83.3% der Abteilungen organisierten Workshops oder Vorträge, zu 73.3% der Veranstaltungen gehörten koordinierte Lobbying-Aktivitäten und in 33.3% der Fälle wurden gleichentags auch Demonstrationen orga-

⁵ Im Rahmen des *legislative advocacy days 2018* der NASW Abteilung Illinois werden z.B. in einem ersten Teil Vorträge, Workshops und Trainings angeboten, bevor die Teilnehmenden in einem zweiten Teil im direkten Austausch mit Politiker*innen ihre Standpunkte vertreten können (vgl. NASWIL 2018).

nisiert. (vgl. Beimers 2015.: 265) Die Mehrzahl der Abteilungen (63.3%) gab an, dass Studierende bei der Organisation des *advocacy days* eine entscheidende Rolle übernommen haben, indem sie zum Beispiel Workshops leiteten, Mitstudierende zur Teilnahme motivierten oder als Staff arbeiteten (vgl. ebd.: 266). Die zehn Abteilungen, welche keine *advocacy days* organisierten gaben als Gründe dafür die ländliche Lage ihrer Abteilung (100%), fehlende finanzielle Ressourcen (90%) oder geringes Interesse der Sozialarbeitenden (70%) an (vgl. ebd.: 267). Beimers interpretierte insgesamt, dass die untersuchten NASW Abteilungen Studierende und Mitglieder stark in politischen Vorhaben involvieren (vgl. ebd.: 271). Bereits vorangehende Studien haben festgestellt, dass eine Mitgliedschaft in der NASW mit einer erhöhten individuellen politischen Aktivität korreliert (vgl. z.B. Hamilton & Fauri 2001; Ritter 2007; Ritter 2008).

5 Studierende

Im US-amerikanischen Council of Social Work Education (CSWE) haben sich 773 Bachelor- und Masterprogramme in Sozialer Arbeit zusammengeschlossen (vgl. CSWE o.J.). Gemeinsam formulieren sie die Bedingungen, welche zu einer Akkreditierung durch den CSWE führen. So ist in dem Dokument *Educational Policy and Accreditation Standards* zum Beispiel festgehalten, dass Studierende auch in politischer Praxis ausgebildet werden müssen. (vgl. CSWE 2015: 8) Konkret bedeutet dies, dass angehende Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Lage sein sollen, «to analyze, formulate, and advocate for policies that advance human rights and social, economic, and environmental justice» (ebd.). Basierend auf diesen Standards des CSWE haben viele Forschende die politische Praxis von Studierenden untersucht, wobei zwei aufeinander aufbauende Forschungsschritte unterschieden werden können. Einige Studien untersuchen zunächst, wie die Vermittlung von politischem Wissen, politischer Wirksamkeit und politischen Strategien im Rahmen eines Studiums erfolgreich gelingen kann. Die Autorinnen und Autoren versprechen sich von der Umsetzung ihrer Erkenntnisse einen politikaffinen und -kompetenten Nachwuchs in der Praxis der Sozialen Arbeit. (vgl. z.B. Swank 2012; Mizrahi & Dodd 2013) Im zweiten Schritt gehen die Forschenden davon aus, dass sie die gelingenden Faktoren nun bereits kennen. Auf ihnen aufbauend entwickeln sie dann Unterrichtsmodelle, deren Effektivität sie mit ihren Forschungen evaluieren bzw. unter Beweis stellen wollten. (vgl. z.B. Butler & Coleman 1997; Rocha 2000; Pritzker & Lane 2014)

Im Jahr 1996 lieferten James L. Wolk, Jackie E. Pray, Toby Weismiller und David Dempsey einen weiteren Beitrag zur empirischen Auseinandersetzung mit der politischen Aktivität von Sozialarbeitenden. Ausgehend von der Hypothese, dass politisch aktive Studierende ihr Engagement nach der Diplomierung beibehalten, analysierten die Forschenden 161 Praktikumsprogramme von Hochschulen der Sozialen Arbeit. Sie konstatierten, dass zur Zeit der Untersuchung nur wenige Ausbildungsprogramme Praktika in politischen Organisationen und/oder mit explizit politische Tätigkeiten vorsahen. Wolk et al. (1996) forderten den CSWE und die NASW zum Handeln auf: Wenn Studierende wirklich ihr Wis-

sen und ihre Fähigkeiten in der politischen Arena ausbauen sollen, dann müssen die beiden Organisationen dafür sorgen, dass mehr Praktikumsplätze oder Studieninhalte in diesem Bereich angeboten werden (vgl. Wolk et al. 1996: 99).

Ein solch spezifisches Studienangebot untersuchten Sandra S. Butler und Patty A. Coleman (1997). Die beiden Professorinnen an der School of Social Work an der University of Maine entwickelten in den 80er Jahren ein Praxisseminar, in dem Studierende während sechs Monaten Erfahrungen in der politischen Sozialen Arbeit erwerben können. Studierende an drei Hochschulstandorten absolvierten im Rahmen ihres letzten Semesters dieses obligatorische *Advocacy Project*. Ihre Aufgabe bestand darin, in 3er- bis 6er-Gruppen, ein politisches Projekt zu planen, umzusetzen und zu evaluieren. Darüber hinaus mussten alle Studierenden vor einer im Seminar fiktiv dargestellten Kommission zu einem politischen Thema Stellung beziehen. Die Termine im Seminar wurden genutzt, um den Kommiliton*innen die geplanten Projekte, Fortschritte und Strategien vorzustellen. (vgl. ebd.: 67–69) Im Jahr 1992 evaluierten Butler und Coleman den Effekt ihres Seminars. Dazu schickten sie allen Studierenden, die zwischen 1985 und 1992 am *Advocacy Project* teilgenommen hatten, einen Fragebogen. 48 ehemalige und aktuelle Studierende retournierten die Umfrage (vgl. ebd.: 70). Die Forscherinnen befragten die Teilnehmenden nach ihren Aktivitäten in elf politischen Bereichen vor und nach Absolvierung des *Advocacy Projects*. Die befragten Personen konnten angeben, ob sie nie, einmal, zwei bis fünf Mal oder sechs Mal oder öfter in dem abgefragten Bereich aktiv geworden sind. Zusätzlich wurden die folgenden drei offenen Fragen gestellt: «(1) What was your perspective on macro practice before you began the social work program where you took this course? ... (2) What is your perspective on macro practice now? (3) Has this project affected your practice and/or other parts of your life? If so, in what ways?» (ebd.: 74). In der Auswertung der quantitativen Befragung zeigte sich eine signifikante Erhöhung des Engagements der Teilnehmenden nach Absolvierung des Seminars in neun von elf Aktivitäten. So haben zum Beispiel 39% angegeben, vor dem *Advocacy Project* lobbyiert zu haben. Nach dem Projekt waren es 61% (vgl. ebd.: 72). Die Antworten auf die qualitativen Fragen gruppieren die Autorinnen in fünf Themen (vgl. ebd.: 74–76):

1. Vor Besuch des *Advocacy Projects* beschrieben die meisten Teilnehmenden politische Aktivität als eine Arbeit für die «anderen» bzw. für radikale Gruppierungen.
2. Die Befragten berichteten, dass sie sich nach Absolvierung des Projekts besser mit einer Praxis auf der Makroebene identifizieren können. Viele gaben an, dass sie nun die Initiierung sozialer Reform als wesentlichen Bestandteil professioneller Sozialer Arbeit ansehen.
3. Die teilnehmenden Fachpersonen der Sozialen Arbeit sahen ihre politische Wirksamkeit durch das Projekt gesteigert. «The transformation from feelings of impotency to self confidence was described by many respondents» (ebd.: 75).
4. Die Arbeit in kleinen Gruppen wurde von allen Befragten als positiv beschrieben.

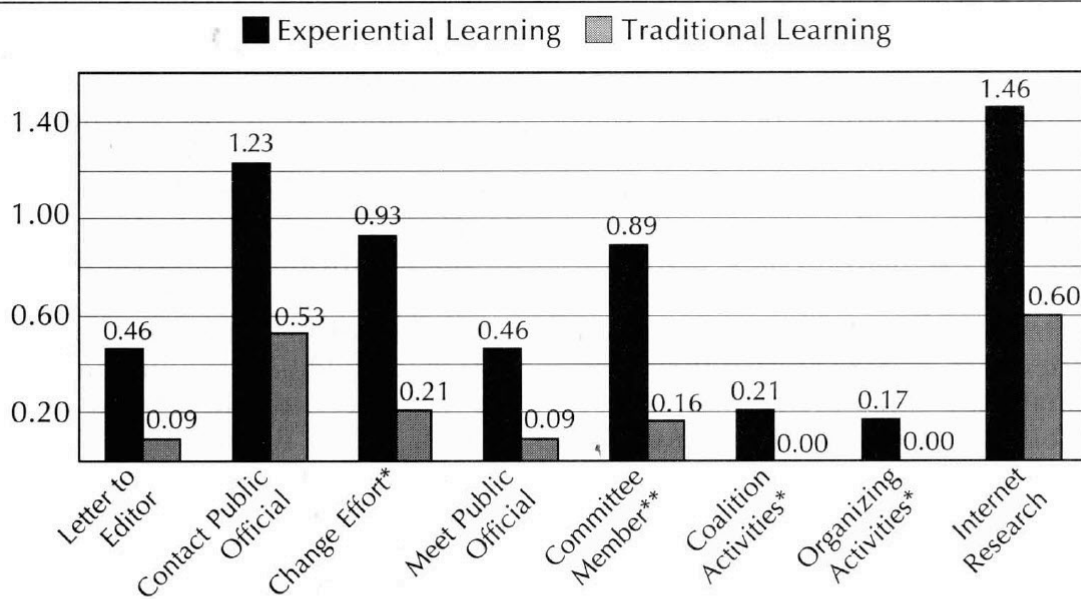
5. Viele Rückmeldungen identifizierten Hindernisse für eine politische Aktivität. Sowohl praktizierende Sozialarbeitende als auch Studierende erwähnten einen Mangel an Zeit und Energie neben der täglichen Arbeit bzw. einem fordernden Studium.

Butler und Coleman schlussfolgerten aus der Analyse, dass das *Advocacy Project* in der Lage scheint, die Aufmerksamkeit der Studierenden auch auf die politische Praxis zu lenken. Sie fügten an, dass vor dem Seminar die Barrieren für politische Aktivität eher individueller (Angst, fehlende Wirksamkeit etc.) und nach Absolvieren des Seminars tendenziell struktureller (Zeitmangel) Natur sind. (vgl. Butler & Coleman 1997: 79)

Drei Jahre nach der Publikation der Arbeit von Butler und Coleman nahm Cynthia J. Rocha (2000) auf deren Artikel Bezug. Rocha war damals Professorin an der University of Tennessee, heute ist sie emeritiert. Ihr fiel auf, dass bisherige Studien zur Wirksamkeit von Seminarprogrammen mehrheitlich ohne Vergleichsgruppen durchgeführt wurden. Es sei also nicht zulässig, eine positive Entwicklung z.B. in der politischen Aktivität alleine dem Unterrichtsmodell zuzuschreiben, so Rocha. Hier setzte die Professorin im Jahr 1996 an, indem sie in ihrer Untersuchung zwei unterschiedliche Studierendengruppen der Universität Tennessee miteinander verglich. Die eine Gruppe nahm während ihres Studiums an einem Seminar teil, welches praktische politische Aktivitäten beinhaltete. Die andere Gruppe besuchte hingegen ein Seminar, welches sich ausschliesslich theoretisch mit politischen Themen beschäftigte. Alle 72 Teilnehmenden haben zwischen 1995 und 1996 ihr Studium abgeschlossen, wurden also nach der Diplomierung befragt. (vgl. ebd.: 56) Rocha hat mit ihrem Fragebogen vier Bereiche gemessen: 1) Die empfundene Wichtigkeit von politischen Aktivitäten, 2) die politische Wirksamkeit der Befragten, 3) die politische Aktivität der Befragten im beruflichen Kontext und 4) die politische Aktivität der Befragten als Privatpersonen. Für die Bereiche 1 und 2 konnten die Teilnehmenden auf einer Skala von 1 bis 5 angeben, wie wichtig ihnen acht vorgegebene Tätigkeiten sind (z.B. wählen, Mitgliedschaft in einem Verband) bzw. wie kompetent sie sich in der Durchführung von acht ausgewählten politischen Handlungen fühlen (z.B. Informationen im Internet recherchieren, die Adressierung sozialer Probleme durch die Politik verstehen, eine Arbeitsgruppe organisieren). Zur Operationalisierung der Bereiche 3 und 4 stellte Rocha acht politische Aktivitäten dar (z.B. in einer Koalition aktiv sein, ein Person mit politischem Amt treffen, Leserbrief schreiben) und bat die Befragten um eine Angabe, wie oft sie die entsprechenden Tätigkeiten seit Abschluss ihres Studiums durchgeführt haben. (vgl. ebd.: 57) In der Einschätzung der Wichtigkeit von politischen Aktivitäten zeigte sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Antworten der Untersuchungs- und Vergleichsgruppe. Die Mittelwerte für alle acht Beispiele lagen zwischen wichtig (=4) und sehr wichtig (=5). (vgl. ebd.: 58) Bezogen auf die politische Wirksamkeit entdeckte die Autorin vier Tätigkeiten, in denen sich die beiden Gruppen signifikant unterschieden. Personen aus der Untersuchungsgruppe fühlten sich im Durchschnitt kompetenter, wenn es darum ging, Medienarbeit zu betreiben, Veränderungsvorhaben zu planen und durchzuführen, im

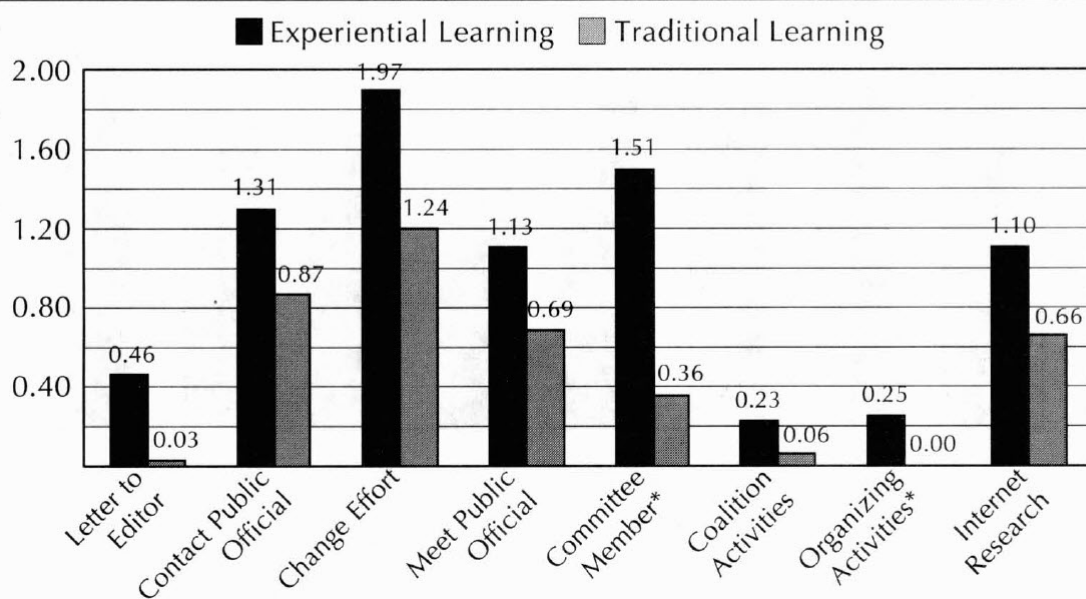
Internet zu recherchieren und Informationen am Computer aufzubereiten. (vgl. Rocha 2000.: 59) Aber nicht nur im Kompetenzgefühl, sondern auch in den tatsächlich ausgeübten politischen Aktivitäten konnten signifikante Unterschiede identifiziert werden (siehe Abbildung 2). Befragte der Untersuchungsgruppe waren als Privatpersonen durchschnittlich öfter politisch aktiv als Sozialarbeitende aus der Kontrollgruppe, indem sie ein Veränderungsvorhaben umsetzten, Mitglied eines Komitees oder einer Koalition wurden und konkrete politische Aktivitäten organisierten. Im professionellen Kontext zeigten sich signifikante Unterschiede in den beiden letztgenannten Aktivitäten. (vgl. ebd.)

Figure 3. Comparison of Experiential versus Traditional Learning on Personal Activity Issues



* $p < .05$, ** $p < .001$

Figure 4. Comparison of Experiential versus Traditional Learning on Professional Activity Issues



* $p < .01$

Abbildung 2. Ergebnisse von Rocha (2000: 60)

Die Autorin stellt im Diskussionsteil fest, dass sich die politische Wirksamkeit in passiven politischen Aktivitäten zwischen den untersuchten Gruppen kaum unterscheidet. Wenn es zum Beispiel um das Verstehen von Politik geht, liegen die Werte mit 4.15 und 4.06 nur unbedeutend auseinander. Hingegen zeigte sich in aktiveren politischen Herangehensweisen, wie zum Beispiel Planen von Veranstaltungen oder Organisieren von Koalitionen, ein grösserer Unterschied in der politischen Wirksamkeit. Rocha wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass eine erhöhte politische Wirksamkeit mit einer entsprechend erhöhten politischen Aktivität einhergeht. (vgl. Rocha 2000: 62)

2012 veröffentlichte Eric W. Swank (2012) einen Artikel mit dem Titel «Predictors of Political Activism Among Social Work Students». Swank ist *Associate Professor of Social and Cultural Analysis* an der Arizona State University. In seiner Studie befragte er 125 Studierende im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an 12 Universitäten in den USA zu ihren politischen Aktivitäten. Dabei interessierte ihn, in welchem Ausmass die Studierenden politisch aktiv sind und welche Faktoren die politische Aktivität der Befragten massgeblich beeinflussen. Seiner Studie unterlegte Swank – wie bereits Hamilton (1998), Hamilton & Fauri (2001), Ritter (2008) sowie Lane und Humphreys (2011) – das *Civic Voluntarism Model* und so fragte er neben demographischen Daten und tatsächlicher politischer Aktivität (neun Fragen) auch nach Ressourcen, politischer Involvierung und Einbettung in Mobilisationsnetzwerke (vgl. Swank 2012: 247–252). In den Ergebnissen zeigt sich eine klare Präferenz der Studierenden für mit Wahlen in Zusammenhang stehende Aktivitäten: 75% der Befragten haben schon einmal eine Petition unterschrieben, 34% gaben an, bereits einen Brief an Entscheidungstragende verschickt zu haben und 22% waren bereits als Ehrenamtliche für einen politischen Zweck im Einsatz. An einer Demonstration teilgenommen haben 17% der Teilnehmenden und nur 4% erklärten, schon einmal zivilen Ungehorsam zur Durchsetzung von politischen Zielen genutzt zu haben (vgl. ebd.: 255). Im Vergleich mit der US-amerikanischen Gesellschaft zeigte sich – abgesehen von finanzieller Unterstützung für politisch kandidierende – in allen Punkten eine mindestens doppelt so hohe Beteiligung (vgl. ebd.).

Zwischen 2004 und 2006 untersuchten Terry Mizrahi und Sarah-Jane Dodd (2013) die Einstellungen und politischen Aktivitäten von Studierenden der Sozialen Arbeit an der Silberman School of Social Work am Hunter College in New York. Sowohl Mizrahi als auch Dodd arbeiten dort als Professorinnen. Die Forscherinnen haben die Studierenden einmal zu Beginn ihres Studiums im Jahr 2004 (N=255) und ein weiteres Mal in ihrem letzten Semester im Jahr 2006 (N=160) befragt. Der Fragebogen beinhaltete neben demographischen Fragen zwei Hauptelemente. Die Autorinnen wollten im ersten Teil von den Studierenden wissen, wie wichtig sie zehn bestimmte Ziele der Sozialen Arbeit finden. Im zweiten Teil erfragten Mizrahi und Dodd entlang von 12 vorgegebenen Tätigkeiten die politische Aktivität vor, während und die antizipierte politische Aktivität nach dem Studium. Politische Aktivität operationalisierten die Professorinnen in den vier Kategorien aus Tabelle 6. (vgl. ebd.: 587f)

Tabelle 6. 12 politische Aktivitäten nach Mizrahi und Dodd (2013: 587f)

| | |
|-------------------|--|
| Political | Testified before a public body |
| | Signed a petition |
| | Lobbied a legislature or other government agency |
| Electoral | Worked on a political or social cause |
| | Ran for or held an elected or appointed public position |
| | Financially contributed to a political or social cause |
| Community-focused | Organized a community meeting or event |
| | Played an active role in community or civic affairs |
| | Played an active role in a professional social work organization |
| Social action | Attended a protest rally |
| | Engaged in vicil disobedience |
| | Joined a picket line |

Bei der Wichtigkeit von Sozialarbeitszielen konnten die Studierenden angeben, ob sie das jeweils vorgegebene Ziel nicht (=0), wenig (=1), mässig (=2), wichtig (=3) oder sehr wichtig (=4) finden (vgl. Mizrahi & Dodd.: 587). In den Ergebnissen zeigten sich keine Unterschiede in Bezug auf Alter, Geschlecht, religiöse oder politische Präferenz. Die durchschnittliche Punktzahl für alle Ziele bewegte sich sowohl im Jahr 2004 als auch im Jahr 2006 zwischen 3.1 und 3.8. (vgl. Mizrahi & Dodd 2013: 590) Das Ziel «working to improve the conditions and quality of life for vulnerable/oppressed communities and populations» (ebd.: 588) erreichte mit 3.8 den höchsten Score. Nach ihren politischen Aktivitäten gefragt, konnten die Teilnehmenden für die zwölf Tätigkeiten jeweils mit ja oder nein antworten. Entsprechend war es Mizrahi und Dodd möglich, einen *political score* zwischen 0 und 12 zu berechnen. (vgl. ebd.: 590) Wie Abbildung 3 entnommen werden kann lag 2004 bei Neustudierenden der durchschnittliche Score bei 4.7 von 12 Punkten. Gleichzeitig gaben die Neustudierenden einen beinahe zweifachen Score (8.7) für ihre antizipierte zukünftige politische Tätigkeit an. In der Realität stieg die politische Aktivität bis ins Jahr 2006 nur marginal um 0.1 Punkte. Auch im Jahr 2006 gaben die Studierenden wiederum an, zukünftig verstärkt politisch aktiv sein zu wollen.

| <i>Group Characteristic</i> | 2004 (N = 255) | | 2006 (N = 160) | |
|-----------------------------|-------------------|----------|-------------------|----------|
| | <i>B</i> | <i>F</i> | <i>D</i> | <i>F</i> |
| All students | 4.7 | 8.7 | 4.8 | 8.9 |

Abbildung 3. Mean Social Activism Scale Scores (Range 0-12) (Mizrahi & Dodd 2013: 592)

Die am häufigsten mit ja beantworteten politischen Aktivitäten waren in den Jahren 2004/2006 das Unterschreiben einer Petition (78%/79.9%), die finanzielle Unterstützung eines politischen Projekts (65%/62.3%) und die aktive Mitgliedschaft in einem Berufs- oder Fachverband (64.2%/62.8%). Die meisten Teilnehmenden (96.5%/95.7%) antworteten mit nein auf die Frage, ob sie bereits für ein politisches Amt kandidiert oder ein solches ausgeführt haben. Allerdings gaben 24% im Jahr 2004 und 32.1% im Jahr 2006 an, dass sie sich vorstellen können, in Zukunft für ein solches Amt zu kandidieren. (vgl. Mizrahi & Dodd: 591) Zwischen den verschiedenen Studierendengruppen zeigten sich Unterschiede in Bezug auf die politische Aktivität. So gaben zum Beispiel Studierende, welche sich für die Vertiefungsrichtung «Community Organizing» entschieden, insgesamt eine höhere politische Aktivität an als ihre Mitstudierenden in den Vertiefungsrichtungen «Casework», «Group work» und «Administration». (vgl. ebd.: 592) Wenn auch nicht zu allen gemessenen Zeitpunkten, so doch in einigen Fällen waren Studierende mit «kaukasischer Abstammung» oder einer homo- oder bisexuellen Orientierung politisch aktiver als ihre Mitstudierenden. In der Diskussion weisen Mizrahi und Dodd darauf hin, dass die befragten Studierenden zukünftig auch in politischen Bereichen aktiv sein wollen, die traditionell von Sozialarbeitenden eher weniger besetzt sind. Die Forscherinnen fokussieren insbesondere auf den Fakt, dass beinahe ein Drittel der im Jahr 2006 Befragten über eine Kandidatur für ein politisches Amt nachdenkt. (vgl. ebd.: 594)

2014 veröffentlichten Suzanne Pritzker, Associate Professor an der University of Houston, Graduate School of Social Work und Shannon Rae Lane, Professorin an der Adelphi University School of Social Work, eine Studie, in der sie die Praktikumsangebote für Studierende der Sozialen Arbeit im Politikbereich analysierten. Pritzker und Lane baten alle 536 von der CSWE akkreditierten Studienprogramme in Sozialer Arbeit um Teilnahme. Von den insgesamt 552 angeschriebenen Praxisverantwortlichen beantworteten 255 Personen den Onlinefragebogen (vgl. Pritzker & Lane 2014: 731). Die Forscherinnen wollten eine Übersicht über die Verfügbarkeit von Praktikumsorganisationen im Politikbereich gewinnen. Zusätzlich beabsichtigten sie, Barrieren für politische Praktika sowie Strategien zu deren Beseitigung zu identifizieren (vgl. ebd.: 730). Dazu stellten Pritzker und Lane den Praxisverantwortlichen fünf Fragen (vgl. ebd.: 732–734):

1. Welche politische Tätigkeit wird von mindestens einer Studentin oder einem Studenten während des laufenden Jahres im Rahmen eines Praktikums ausgeführt?
2. Wie sehr sind die meisten Ihrer Studierenden auf die folgenden politischen Tätigkeiten vorbereitet? (1=not at all prepared bis 5=extremely prepared)
3. Wie wichtig ist es, dass Praktika mit den folgenden politischen Tätigkeiten angeboten werden? (1=not at all important bis 5=extremely important)
4. In welchem Ausmass stimmen ihre Studierenden den folgenden Aussagen über politische Tätigkeit zu, bevor sie ihre Praktika antreten? (1=strongly disagree bis 5=strongly agree)

5. Haben Sie eine der genannten Barrieren bei der Platzierung von Studierenden in politischen Praktika erlebt?

Die Fragen 1 bis 3 sollten die Teilnehmenden in Bezug auf acht politische Tätigkeiten beurteilen, wie zum Beispiel Lobbying oder Arbeit für gewählte Politiker*innen (vgl. Pritzker & Lane 2014: 732f). Zu Frage 4 stellten Pritzker und Lane sechs Aussagen zur Verfügung, wie zum Beispiel «Ich bin interessiert an Praktika im politischen Bereich» (ebd.: 734). Bei der Identifizierung von Barrieren konnten die Befragten auf neun Fragen mit ja oder nein antworten (vgl. ebd.). In der Auswertung zeigte sich, dass die Praxisverantwortlichen politischen Inhalten in Praktika eine hohe Bedeutung beimessen. Die grösste Wichtigkeit wurde der Zusammenarbeit mit professionellen Politikberatern sowie der Politikforschung und -analyse zugerechnet. Als weniger wichtig haben die Teilnehmenden die Arbeit für gewählte Politiker*innen eingestuft (vgl. ebd.: 732f). Zwischen 50 und 70 Prozent aller Befragten (Unterschiede zwischen verschiedenen Ausbildungsstufen) gingen davon aus, dass ihre Studierenden im laufenden Jahr im Rahmen eines Praktikums mit professionellen Politikberatern zusammenarbeiten (im Schnitt: 60%), Politikforschung und -analyse betreiben (im Schnitt: 64%) oder im Lobbyingbereich aktiv sind (im Schnitt: 58%) (vgl. ebd.: 732). Die Praxisverantwortlichen wurden weiter befragt, inwiefern ihre Studierenden für die genannten Tätigkeiten überhaupt vorbereitet sind. Hier gaben die Befragten im Schnitt 2.8 von maximal 5 Punkten an. Am besten vorbereitet waren die Studierenden auf die Zusammenarbeit mit professionellen Politikberatern sowie auf Politikforschung und -analyse. Am schlechtesten vorbereitet waren die Studierenden, gemäss Einschätzung der Befragten, im Bereich der Wahlpolitik (vgl. ebd.: 733). Die Autorinnen identifizierten fehlendes Interesse seitens der Studierenden, mangelnde Vorbereitung durch das Studium, nicht anerkannte oder nicht zur Verfügung stehende Praxisanleitende und grosse geographische Distanz zu Praktikumsseinrichtungen als grösste Barrieren für die Verhinderung von flächendeckenden politischen Praktika (vgl. ebd.: 738). Auf der Basis ihrer Ergebnisse entwickelten Pritzker und Lane vier Strategien um die politischen Praktika künftig stärker curricular einzuplanen. Sie schlugen vor, 1) politische Soziale Arbeit stärker in die allgemeine Lehre zu integrieren, forderten 2) Kreativität, um auch in Spezialfällen Praktika in politischen Bereichen zu ermöglichen, wiesen auf die Wichtigkeit von 3) persönlichen Beziehungen hin und zeigten 4) Alternativmöglichkeiten zu Praktikumsstellen in der US-Hauptstadt Washington auf, die ebenfalls von grossem Interesse für Studierende der Sozialen Arbeit sein können (vgl. ebd.: 735–738).

Mary E. Hylton von der School of Social Work an der University of Nevada stellte fest, dass bisher veröffentlichten Studien zu Sozialarbeitenden stark auf deren politische Partizipation und weniger auf ein breit gefasstes, gesellschaftliches Engagement – *Civic Engagement* – fokussierten (vgl. Hylton 2015: 295). Auch der Einfluss von politischem Wissen auf entsprechende Aktivitäten sei bislang noch kaum erforscht worden (vgl. ebd.: 297). So veröffentlichte sie im Jahr 2015 ihre Studie, in der sie den Zusammenhang zwischen politischen Kenntnissen und gesellschaftlichem Engagement untersuchte. Dazu befragte sie 101 Bachelor- und Masterstudierende der Sozialen Arbeit an einer Universität im Westen der

USA (vgl. Hylton 2015: 299). Zur Erhebung der politischen Kenntnisse verwendete Hylton 20 Multiple-Choice Fragen (vgl. ebd.: 302) und das gesellschaftliche Engagement erfragte sie mit dem 26 Items umfassenden *Civic Engagement Quiz* von Andolina, Keeter, Zukin und Jenkins (2003). Die Befragten gaben alle an, sich gesellschaftlich zu engagieren. Im Durchschnitt waren die Teilnehmenden im Verlauf ihres bisherigen Lebens in elf von maximal 24 freiwillige Aktivitäten involviert. Bei den politischen Aktivitäten unterschied Hylton, dem *Civic Engagement Quiz* entsprechend, zwischen *political voice activities* (z.B. Petition unterzeichnen, persönlicher Kontakt mit Entscheidungstragenden) und *electoral activities* (alle Aktivitäten, welche Wahlen von Personen beeinflussen). Bei ersterem beteiligten sich die befragten Studierenden mit durchschnittlich 3.9 von insgesamt 9 möglichen Punkten. Es wurde zudem klar, dass die Befragten sich stärker einbringen, je weniger Aufwand eine Aktivität erfordert (vgl. Hylton 2015: 299). Bei den *electoral activities* zeigte sich eine geringere Partizipation. Von insgesamt sechs Aktivitäten übten die Studierenden durchschnittlich 1.3 aus. So gaben 31% an, immer zu wählen und 10% erklärten, dass sie nie wählen (vgl. ebd.: 300f). Bei den politischen Kenntnissen stellte Hylton eine grosse Heterogenität fest. Die richtigen Antworten auf die 20 gestellten Fragen streuten zwischen 4 und 20 mit einem Durchschnitt von 14.6. 35% der Befragten wussten nicht, welche Partei im Repräsentantenhaus eine Mehrheit besitzt und 17% kannten die sie aktuell vertretende Senatorin oder ihren Senator nicht. (vgl. ebd.: 301) Die Hypothese von Hylton konnte bestätigt werden: Es zeigte sich ein signifikanter Einfluss von politischen Kenntnissen sowohl auf das Ausmass an *electoral activities* als auch auf die Intensität von *political voice activities* (vgl. ebd.). Hylton schlussfolgerte, dass mit einem gesteigerten Verständnis von politischen Prozessen auch die Motivation der Studierenden zunimmt, aktiv Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Zukünftigen Forschungsprojekten empfahl sie, nicht ausschliesslich Involvierungsrate zu erheben, sondern vielmehr nach Barrieren und Anreizen für politische Aktivität zu fragen (vgl. ebd.: 304).

Margaret Sherraden und Baorong Guo von der Universität Missouri-St.Louis und Christine Umbertino von der Washington University in St. Louis untersuchten während acht Jahren den Effekt eines von ihnen entwickelten Seminars mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik. In ihrem Modellprojekt behandelten sie mit Bachelorstudierenden während eines Semester ein spezifisches sozialpolitisches Thema. Die Studierenden befassten sich zum Beispiel mit den Fördermöglichkeiten in der frühen Kindheit, analysierten bisherige und entwickelten zukünftige Politikstrategien (vgl. Sherraden et al. 2015: 313–317). Die Forscherinnen befragten die Studierenden in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2010, 2011, 2012 und 2013 je einmal vor und einmal nach Absolvieren des Seminars. Pro Jahrgang nahmen etwa 20 Studierende an der Studie teil (vgl. ebd.: 330). Der Fragebogen beinhaltete 14 Aussagen, auf welche die Befragten mit «stimme gar nicht zu», «stimme nicht zu», «stimme zu» oder «stimme sehr zu» reagieren konnten. So konnten Einstellungen zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Politik ebenso wie das Verständnis bzw. das Wissen von Studierenden abgefragt werden. Ab 2010 erweiterten die Autorinnen den Fragebogen um die offene Frage «In your words, describe the role you think social policy plays in

social work» (Sherraden & Guo 2015: 318). Die im Jahr 2015 veröffentlichten Ergebnisse zeigen klar, dass das Seminar die politische Wirksamkeit signifikant zu steigern vermochte und dass die Studierenden nach Absolvieren des Seminars grundsätzlich motivierter waren, strukturelle Massnahmen zur Unterstützung von Adressat*innen zu ergreifen (vgl. ebd.: 319 & 324).

Christie D. Bernklau Halvor forschte ebenfalls mit Fokus auf Studierende. Die Doktorin mit Ph.D.-Abschluss ist Programmdirektorin für Praktika in der Sozialen Arbeit an der Concordia University in Portland und lehrt dort auch Social Welfare Policy. Sie untersuchte den Einfluss des Studiums auf die Entwicklung von politischem Interesse und politischer Wirksamkeit (vgl. Bernklau Halvor 2016: 289). Dazu nahm sie während des Semesters 2009/2010 an je einem *Social Welfare Policy* Seminar an zwei Universitäten im Nordwesten der USA als Beobachterin teil. Darüber hinaus wurden die insgesamt 31 Bachelorstudierenden gebeten, am ersten und am letzten Seminartag je einen Fragebogen auszufüllen. Zusätzlich organisierte Bernklau Halvor eine Fokusgruppe und führte Einzelinterviews mit ausgewählten Teilnehmenden (vgl. ebd.: 292–296). Bei der Erarbeitung ihres Fragebogens stützte sich Bernklau Halvor auf die Überlegungen von Ritter (2007; 2008), Verba et al. (1995) und Niemi et al. (1991). Die politische Aktivität mass sie mit der 22 Items umfassenden Political Activity Scale von Verba et al. (1995). Das politische Interesse operationalisierte Bernklau Halvor mit der aus zwei Fragen bestehenden Political Interest Scale (vgl. Bernklau Halvor 2016: 294) und die interne politische Wirksamkeit wurde mit der von Niemi et al. (1991) entwickelten 4-item Internal Political Efficacy Scale abgefragt (vgl. Bernklau Halvor 2016: 294). 74% der Befragten gaben an, in der Präsidentschaftswahl 2008 gewählt zu haben und 71% diskutieren mindestens einmal pro Woche mit anderen über nationale Politik. Nur 7% haben ehrenamtlich für Kandidierende oder Parteien gearbeitet (vgl. ebd.: 297). Alle Studierenden antworteten nach Absolvierung des Seminars, dass ihr politisches Interesse entweder gestiegen (68%) oder gleichgeblieben ist (32%) (vgl. ebd.: 299). Auch die politische Wirksamkeit schien gesteigert werden zu können: 74% der Befragten gaben eine gestärkte und 26% eine gleichgebliebene politische Wirksamkeit an. Dieser Anstieg zeigte sich auch auf der Internal Political Efficacy Scale: Der Aussage «I consider myself to be well qualified to participate in politics» wurde im ersten Test von 22% zugestimmt bzw. stark zugestimmt. Im Test nach Ablauf des Semesters stimmten 49% der Teilnehmenden zu. Diese eindeutigen Ergebnisse wurden auch in der Fokusgruppe sowie in den Einzelinterviews bestätigt (vgl. Bernklau Halvor 2016: 299f). Abgeleitet aus den empirischen Ergebnissen formulierte Bernklau Halvor elf Empfehlungen für den Unterricht. Zum Beispiel regte sie an, dass die Dozierenden als Vorbilder selbst involviert in politische Aktionen, Gruppierungen oder Kampagnen sein sollten. Zudem sei es wichtig, dass die Studierenden spüren, dass ihnen auch tatsächlich politische Wirksamkeit zugetraut wird und dass sie im Rahmen des Seminars konkrete politische Aktivitäten umsetzen können. Dabei helfe es, wenn Studierende in Kontakt mit entsprechenden Organisationen bzw. Personen treten können. (vgl. ebd.: 301–309)

Im Jahr 2016 untersuchten Suzanne Pritzker und Christianna Burwell (2016), *public policy specialist* bei *Texas State Alliance of YMCAs*, wie Studierende der Sozialen Arbeit politische Praxis sammeln können. Die Forscherinnen befragten 906 Bachelor- und Masterstudierende sowie Doktorandinnen und Doktoranden und 87 Dekaninnen und Dekane aus 40 Staaten der USA (vgl. Pritzker & Burwell 2016: 437). Einerseits wollten sie ermitteln, inwiefern Studierende der Sozialen Arbeit an Wahlen teilnehmen. Andererseits wollten Pritzker und Burwell herausfinden, ob und wie Studienprogramme die Studierenden dabei unterstützen (vgl. ebd.: 434). Der zweiten Frage liegt die Annahme aus dem *Civic Voluntarism Model* zugrunde, dass Menschen insbesondere dann politisch aktiv sind, wenn sie von Dritten dazu motiviert werden. Obschon Pritzker und Burwell an einigen Stellen auf das *Civic Voluntarism Model* verweisen, scheint es in der Konzeption und Auswertung keinen zentralen Stellenwert einzunehmen. In der Operationalisierung von politischer Aktivität verwenden die Autorinnen ihrer Fragestellung entsprechend eine Skala mit 16 eng eingegrenzten politischen Tätigkeiten. Demonstrieren oder Mitarbeit in einer politischen Organisation kommen nicht vor. (vgl. ebd.: 440) In den Ergebnissen zeigt sich die schon durch vorangehende Studien (Ritter 2008; Rome & Hoechstetter 2010) erhobene hohe Wahlbeteiligung: 95% der Befragten gaben an, als Wähler*in registriert zu sein. Von diesen registrierten Personen haben in der Präsidentschaftswahl 2012 auch tatsächlich 94.3% gewählt. (vgl. Pritzker & Burwell 2016: 439) Interessanterweise glaubten nur 17.7% der teilnehmenden Dekan*innen, dass mehr als 75% von ihren Studierenden 2012 gewählt hat. Ein Drittel ging davon aus, dass weniger als die Hälfte der Studierenden ihr Wahlrechte wahrnahm (vgl. ebd.). In den Ergebnissen zeigte sich, dass die untersuchten Studienprogramme wenig bis keinen Wert auf die Stärkung der politischen Aktivität der Studierenden legten (vgl. ebd.: 441). Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis empfahlen die Forscherinnen den Hochschulen, einen stärkeren Fokus auf den Erwerb von politischem Wissen und entsprechenden Kompetenzen zu legen (vgl. ebd.: 446).

Im Jahr 2017 veröffentlichte Ostrander eine weitere Studie. Zusammen mit Shannon Lane, Jennifer McClendon, Crystal Hayes und Tanya Rhodes Smith (2017) legte er in dieser Studie einen speziellen Schwerpunkt auf die politische Wirksamkeit. Die Autorenschaft untersuchte im April 2015 an zwei Schulen im Nordosten der USA die Wirkung eines zweitägigen *political social work (PSW) trainings* auf 91 Teilnehmende (Studierende und Sozialarbeitende) (vgl. ebd.: 267). Dazu formulierten die Autorinnen und der Autor drei Forschungsfragen: 1) Erhöht das PSW Training die politische Wirksamkeit der Teilnehmenden?, 2) Besteht eine Beziehung zwischen der politischen Wirksamkeit der Teilnehmenden und deren geplanten zukünftigen politischen Aktivitäten?, 3) Welche individuellen politischen Aktivitäten haben einen signifikanten Bezug zur internen, externen und insgesamt politischen Wirksamkeit der Teilnehmenden? (vgl. ebd.: 265) Zur Operationalisierung von politischer Wirksamkeit griffen die Forschenden auf die Arbeiten von Niemi et al. (1991) zurück und für die Messung von politischer Aktivität bedienten sich die Autorinnen und der Autor der Skala von Rome und Hoechstetter (2010). Ostrander und Kolleginnen befragten die Teilnehmenden einmal vor und ein weiteres Mal nach den

Trainingstagen (vgl. Ostrander et al. 2017: 267). In den Ergebnissen zeigte sich eine statistisch signifikante Steigerung sowohl der internen, als auch der externen politischen Wirksamkeit in der zweiten Befragungsrunde, womit die erste Forschungsfrage bejaht werden konnte. Auch die zweite Hypothese erwies sich als zutreffend und in Bezug auf die dritte Fragestellung hielten die Autorinnen und der Autor fest, dass mit gesteigerter politischer Wirksamkeit eine Vielzahl an zukünftigen politischen Aktivitäten geplant werden, zum Beispiel Politiker*innen zu kontaktieren oder selbst für ein politisches Amt zu kandidieren (vgl. ebd.: 268f). Die Ergebnisse weisen eindrücklich darauf hin, dass eine Stärkung der politischen Wirksamkeit durch Lehre möglich ist und dass eine gestärkte politische Wirksamkeit wiederum eine erhöhte politische Aktivität bewirken kann. Angesichts dessen empfehlen die Forschenden die bewusste Stärkung der politischen Wirksamkeit in der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen der Sozialen Arbeit (vgl. ebd.: 272).

6 In der Politik tätige Sozialarbeitende

Nancy A. Humphreys gründete 1995 das *Nancy A. Humphreys Institute for Political Social Work*, um einerseits zu erforschen, wie Fachpersonen der Sozialen Arbeit ihre Adressat*innen politisch besser unterstützen können und andererseits, um Sozialarbeitende zu ermutigen und zu stärken, (partei-)politische Mandate zu übernehmen (vgl. University of Connecticut o.J.). Zusammen mit Shannon Rae Lane untersuchte sie 2011 die politische Aktivität von 270 Sozialarbeitenden, die mindestens einmal im Leben für ein politisches Amt kandidiert hatten. Lane und Humphreys (2011) rahmten ihre Studie theoretisch mit dem *Civic Voluntarism Model* von Verba et al. (1995), verwendeten jedoch in der Auswertung nur die Ressourcen-Dimension und diskutierten die Dimension der Mobilisationsnetzwerke am Rande (vgl. Lane & Humphreys 2011: 232–241). Die politische Involvierung wurde nicht erforscht. Die Autorinnen schlussfolgerten aus ihren Ergebnissen, dass die direkteste Art der politischen Einflussnahme in der Übernahme und Führung eines politischen Amtes liegt: «The election of social workers to public office, providing them a seat at the table where decisions are made, can be the means for social workers to most directly influence these policies» (ebd.: 242). Lane (2011) verwendete die von ihr und Humphreys erhobenen Daten für eine zweite Auswertung, in der sie auf Überschneidungen zwischen im Studium gelernten und in der Politik gefragten Kompetenzen fokussierte. Sie ging dabei von Hamilton und Fauri's (2001) Annahme aus, «that social work education can help students to develop political efficacy, or their own belief that they can make a difference in the political process» (Lane 2011: 54). Dass diese befördernde Funktion des Studiums teilweise bereits Realität geworden ist, zeigen die Resultate der Studie: Die im Studium der Sozialen Arbeit erworbenen Fähigkeiten wurden von den gewählten Politiker*innen als zentral für die politische Arbeit beschrieben (vgl. ebd.: 65). 63% der Befragten gaben an, durch das Studium auf die Tätigkeit als politische Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger vorbereitet worden zu sein (vgl. ebd.: 64).

7 Literaturverzeichnis

- Amann, Kathrin (2017): *Sozialarbeitende in der Politik. Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren* (Masterthesis). FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. St.Gallen.
- Anderson, Debra K. & Harris, Barbara M. (2005): Teaching Social Welfare Policy: A Comparison of Two Pedagogical Approaches. *Journal of Social Work Education*, 41:3, 511–526.
- Andolina, Molly; Keeter, Scott; Zukin, Cliff & Jenkins, Krista (2003): *A Guide To The Index Of Civic And Political Engagement*. Online verfügbar unter <http://civicyouth.org/PopUps/IndexGuide.pdf>, zuletzt geprüft am 30.12.2017.
- Bandura, Albert (1977): Self-efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. *Psychological Review*, 84:2, 191–215.
- Baumann, Sarah & Schüpbach-Keller, Daniela (2005): *Sozialpolitisches Engagement gestern und heute* (Diplomarbeit). Berner Fachhochschule. Bern.
- Beimers, David (2015): NASW Involvement in Legislative Advocacy. *Journal of Policy Practice*, 14:3-4, 256–274.
- Bernklau Halvor, Christie Dianne (2016): Increasing Social Work Students' Political Interest and Efficacy. *Journal of Policy Practice*, 15:4, 289–313.
- Bowers Andrews, Arlene (1998): An Exploratory Study of Political Attitudes and Acts among Child and Family Services Workers. *Children and Youth Services Review*, 20:5, 435–461.
- Burri, Katrin & Wandeler, Dorothe (2005): *Sozialpolitisches Engagement von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Einflussmöglichkeiten auf institutioneller Ebene* (Diplomarbeit). Berner Fachhochschule. Bern.
- Butler, Sandra S. & Coleman, Patty A. (1997): Raising Our Voices: A Macro Practice Assignment. *Journal of Teaching in Social Work*, 15:1-2, 63–80.
- Chui, Ernest & Gray, Mel (2004): The political activities of social workers in the context of changing roles and political transition in Hong Kong. *International Journal of Social Welfare*, 13:2, 170–180.
- CSWE (o.J.): *Accreditation*. Online verfügbar unter <https://www.cswe.org/Accreditation>, zuletzt geprüft am 30.01.2018.
- CSWE (2015): *Educational Policy and Accreditation Standards*. Online verfügbar unter https://www.cswe.org/getattachment/Accreditation/Accreditation-Process/2015-EPAS/2015E-PAS_Web_FINAL.pdf.aspx, zuletzt geprüft am 30.01.2018.
- DeRigne, LeaAnne; Rosenwald, Mitchell & Naranjo, Fabio A. (2014): Legislative Advocacy and Social Work Education: Models and New Strategies. *Journal of Policy Practice*, 13:4, 316–327.
- Dickinson, Janet C. (2004): The Views of NASW Members in One State Toward Social Action. *Professional Development: The International Journal of Continuing Social Work Education*, 7:2, 12–26.
- Dietz Domanski, Margaret (1998): Prototypes of Social Work Political Participation. An Empirical Model. *Social Work*, 43:2, 156–167.
- Epstein, Irwin (1968): Social Workers and Social Action: Attitudes Toward Social Action Strategies. *Social Work*, 13:2, 101–108.

- Ezell, Mark (1993): The Political Activity of Social Workers: A Post Reagan Update. *The Journal of Sociology & Social Welfare*, 20:4, 81–97.
- Felderhoff, Brandi Jean; Hoefler, Richard & Watson Larry Dan (2016): Living Up to the Code's Exhortations? Social Workers' Political Knowledge Sources, Expectations, and Behaviours. *Social Work*, 61:1, 29–35.
- Ferguson, Iain & Smith, Linda (2012): Education for Change: Student Placements in Campaigning Organisations and Social Movements in South Africa. *The British Journal of Social Work*, 42:5, 974–994.
- Fisher, Robert (1995): Political Social Work. *Journal of Social Work Education*, 31:2, 194–203.
- Gray, Mel; van Rooyen, Colin Collett; Rennie, Gavin & Gaha, Jo (2002): The political participation of social workers: a comparative study. *International Journal of Social Welfare*, 11:2, 99–110.
- Hamilton, David & Fauri, David (2001): Social Workers' Political Participation: Strengthening the Political Confidence of Social Work Students. *Journal of Social Work Education*, 37:2, 321–332.
- Hamilton, David Henry (1998): *Factors Affecting Social Workers' Political Participation: Resources, Professional Associations and Perceived Efficacy* (Doctoral Dissertation). Virginia Commonwealth University. Richmond.
- Hardina, Donna (1995): Do Canadian Social Workers Practice Advocacy? *Journal of Community Practice*, 2:3, 97–121.
- Hartnett, Helen; Harding, Scott & Scanlon, Edward (2005): NASW Chapters: Directors' Perception of Factors Which Impede and Encourage Active Member Participation. *Journal of Community Practice*, 13:4, 69–83.
- Heidemann, Gretchen; Fertig, Ralph; Jansson, Bruce & Kim, Hansung (2011): Practicing Policy, Pursuing Change, and Promoting Social Justice: A Policy Instructional Approach. *Journal of Social Work Education*, 47:1, 37–52.
- Helfer, Franziska & Saxer, Stéfanie (2014): *Die politische Funktion der Sozialen Arbeit. Ein Vergleich des Verständnisses und der Umsetzung in der Praxis der Berufsfelder der Sozialen Arbeit* (Bachelorthesis). Hochschule Luzern - Soziale Arbeit. Luzern.
- Hoefler, Richard (1999): The Social Work and Politics Initiative. A Model for Increasing Political Content in Social Work Education. *Journal of Community Practice*, 6:3, 71–87.
- Hollinger, Brigitte (2013): *Interessenartikulation und Interessenaggregation im politischen Kontext. Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit* (Bachelorthesis). Hochschule für Soziale Arbeit FHNW. Olten.
- Hylton, Mary E. (2015): Civic Engagement and Civic Literacy Among Social Work Students: Where Do We Stand? *Journal of Policy Practice*, 14:3-4, 292-207.
- Kilbane, Teresa; Pryce, Julia & Hong, Philip Young P. (2013): Advocacy Week: A Model to Prepare Clinical Social Workers for Lobby Day. *Journal of Social Work Education*, 49:1, 173–179.
- Kachel, Matthias (2016): *Soziale Arbeit – ein politischer Beruf?! (Berufs)politische Haltungen und Meinungen angehender und praktizierender Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter* (Masterthesis). München: Katholische Stiftungsfachhochschule München.

- Kulke, Dieter (2018): *Einstellungen Studierender zu Politik und zum politischen Auftrag Sozialer Arbeit*. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit, Panel 2.3. Hamburg: 28.04.2018.
- Lane, Shannon Rae (2011): Political Content in Social Work Education as reported by elected Social Workers. *Journal of Social Work Education*, 47:1, 53–72.
- Lane, Shannon Rae & Humphreys, Nancy A. (2011): Social Workers in Politics. A National Survey of Social Work Candidates and Elected Officials. *Journal of Policy Practice*, 10:3, 225–244.
- Lanz, Anna (2013): *Politische Soziale Arbeit* (Bachelorthesis). Berner Fachhochschule. Bern.
- Mary, Nancy L. (2001): Political Activism of Social Work Educators. *Journal of Community Practice*, 9:4, 1–20.
- Mayring, Philipp (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Mendes, Philip; McCurdy, Samone; Allen-Kelly, Kandie; Charikar, Karl & Incerti, Kate (2015): Integrating professional social work identity and social justice advocacy: an analysis of the Australian campaign to restore Medicare rebates for accredited mental health social workers. *Social Work*, 15:5, 516–536.
- Mizrahi, Terry & Dodd, Sarah-Jane (2013): MSW Students' Perspectives on Social Work Goals and Social Activism Before and After Completing Graduate Education. *Journal of Social Work Education*, 49:4, 580–600.
- NASWIL (2018): *Advocacy Day*. Online verfügbar unter <http://www.naswil.org/advocacy/advocacy-day>, zuletzt geprüft am 30.01.2018.
- NASWNY (2010): *Issue Paper on Social Work Licensing in New York State: Requirements for Obtaining the LCSW: A Need for Modification*. Online verfügbar unter <http://www.naswnyc.org/page/115>, zuletzt geprüft am 10.01.2018.
- National Association of Social Workers (2017): *Code of Ethics of the National Association of Social Workers*. Online verfügbar unter https://www.socialworkers.org/LinkClick.aspx?fileticket=ms_Art-LqzeI%3d&portalid=0, zuletzt geprüft am 08.01.2018.
- Niemi, Richard G.; Craig, Stephen C. & Mattei, Franco (1991): Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study. *The American Political Science Review*, 85:4, 1407–1413.
- Ostrander, Jason A. (2016): *To Participate or Not to Participate, that is the Question: A Critical Phenomenological Study of Clinical Social Workers and their Political Participation* (Doctoral Dissertation). University of Connecticut. Storrs.
- Ostrander, Jason A.; Lane, Shannon Rae; McClendon, Jennifer; Hayes, Crystal & Smith, Tanya Rodes (2017): Collective Power to Create Political Change: Increasing the Political Efficacy and Engagement of Social Workers. *Journal of Policy Practice*, 16:3, 261–275.
- Parker, Michael D. & Sherraden, Michael (1991): Electoral participation of social workers. *New England Journal of Human Services*, 11:3, 23–28.
- Pawlak, Edward J. & Flynn, John P. (1990): Executive Directors' Political Activities. *Social Work*, 35:4, 307–312.

- Petersen, Thomas; Hierlemann, Dominik; Vehrkamp, Robert B.; Wratil, Christopher (2013): *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013*. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/Graue-Publikationen/GP_Gespaltene_Demokratie.pdf, zuletzt geprüft am 21.02.2018.
- Poulin, John; Kauffman, Stephen & Silver, Paula (2006): Field Notes: Serving the Community and Training Social Workers: Service Outputs and Student Outcomes. *Journal of Social Work Education*, 42:1, 171–184.
- Pritzker, Suzanne & Burwell, Christianna (2016): Promoting Election-Related Policy Practice Among Social Work Students. *Journal of Social Work Education*, 52:4, 434–447.
- Pritzker, Suzanne & Lane, Shannon Rae (2014): Field Note - Integrating Policy and Political Content in BSW and MSW Field Placements. *Journal of Social Work Education*, 50:4, 730–739.
- Reeser, Linda Cherrey (1988): Specialization, Professionalization, and Social Activism. *Journal of Independent Social Work*, 2:4, 43–58.
- Reeser, Linda Cherrey & Epstein, Irwin (1987): Social Workers' Attitudes toward Poverty and Social Action: 1968-1984. *Social Service Review*, 61:4, 610–622.
- Ritter, Jessica Anne (2007): Evaluating the Political Participation of Licensed Social Workers in the New Millennium. *Journal of Policy Practice*, 6:4, 61–78.
- Ritter, Jessica Anne (2008): A National Study Predicting Licensed Social Workers' Levels of Political Participation: The Role of Resources, Psychological Engagement, and Recruitment Networks. *Social Work*, 53:4, 347–357.
- Rocha, Cynthia; Poe, Bethanie & Thomas, Veliska (2010): Political Activities of Social Workers: Addressing Barriers to Political Participation. *Social Work*, 55:4, 317–325.
- Rocha, Cynthia J. (2000): Evaluating Experiential Teaching Methods in a Policy Practice Course: The Case for Service Learning to Increase Political Participation. *Journal of Social Work Education*, 36:1, 53–63.
- Rome, Sunny Harris; Hoechstetter, Susan & Wolf-Branigin, Michael (2010): Pushing the Envelope: Empowering Clients for Political Action. *Journal of Policy Practice*, 9:3-4, 201–219.
- Rome, Sunny Harris & Hoechstetter, Susan (2010): Social Work and Civic Engagement: The Political Participation of Professional Social Workers. *The Journal of Sociology & Social Welfare*, 37:3, 107–129.
- Roth, Günter & Yollu-Tok, Aysel (2017): Politische Einstellungen bei Studierenden im Bereich Sozialwesen (Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik). *neue praxis*, 47:2, 155–172.
- Rudolf, Karsten & Zeller, Melanie (2001): *Wie entsteht politisches Engagement? Das Nidderau-Projekt - eine empirische Wirkungsstudie zur politischen Bildung*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau.
- Salcido, Ramon M. & Seck, Essie Tramel (1992): Political Participation among Social Work Chapters. *Social Work*, 37:6, 563/564.
- Scanlon, Edward; Hartnett, Helen; Harding, Scott (2006): An Analysis of the Political Activities of NASW State Chapters. *Journal of Policy Practice*, 5:4, 41–54.

- Schmidt, Johanne (2017): *Einstellungen zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit von Fachkräften in der Praxis. Eine empirische Studie* (Masterthesis). Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt.
- Sherraden, Margaret; Guo, Baorong & Umbertino, Christine (2015): Solving Current Social Challenges: Engaging Undergraduates in Policy Practice. *Journal of Policy Practice*, 14:3-4, 308–332.
- Strzoda, Susanne (2011): *Wer nicht handelt, wird behandelt - Ein Beitrag zur Verwirklichung des politischen Auftrags Sozialer Arbeit* (Masterthesis). Katholische Stiftungsfachhochschule München. München.
- Sundet, Paul A. & Kelly, Michael J. (2002): Legislative Policy Briefs. *Journal of Teaching in Social Work*, 22:1-2, 49–60.
- Swank, Eric W. (2012): Predictors of Political Activism among Social Work Students. *Journal of Social Work Education*, 48:2, 245–266.
- Thursz, Daniel (1966): Social Action as a Professional Responsibility. *Social Work*, 11:3, 12–21.
- University of Connecticut (o.J.): *School of Social Work*. Online verfügbar unter <https://ssw.uconn.edu/our-community/centers-institutes-projects/nancy-a-humphreys-institute-for-political-social-work/meet-the-humphreys-institute-director/>, zuletzt geprüft am
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman & Brady, Henry E. (1995): *Voice and equality*. Civic voluntarism in American politics. 4. printing. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Wegmüller, Andrea (2015): *Politisches Handeln der Sozialen Arbeit. Eine qualitative Untersuchung der Haltung von Sozialarbeitenden zu politischem Handeln der Sozialen Arbeit* (Bachelorthesis). Berner Fachhochschule. Bern.
- Weiss, Idit & Kaufman, Roni (2006): Educating for Social Action: An Evaluation of the Impact of a Fieldwork Training Program. *Journal of Policy Practice*, 5:1, 5–30.
- Weiss-Gal, Idit & Gal, John (2014): Social Workers as Policy Actors. *Journal of Social Policy*, 43:1, 19–36.
- Werwein, Alexander (2008): *Das politische Mandat Sozialer Arbeit. Eine positionierte Annäherung* (Bachelorthesis). Hochschule Esslingen. Esslingen.
- Wetzel, Jana (2015): *Politisches Interesse und politische Beteiligung von Studierenden unter Einbezug des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit* (Masterthesis). Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt.
- Widmer, Regula (2010): *Schnittstellen zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik* (Masterthesis). Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.
- Wolfer, Terry A. & Gray, Karen A. (2007): Using the Decision Case Method to Teach Legislative Policy Advocacy. *Journal of Teaching in Social Work*, 27:1-2, 37–59.
- Wolk, James; Pray, Jackie; Weismiller, Toby & Dempsey, David (1996): Political Practica: Educating Social Work Students for Policymaking. *Journal of Social Work Education*, 32:1, 91–100.
- Wolk, James L. (1981): Are social workers politically active? *Social Work*, 26:4, 283–288.
- Woodward, Julian L. & Roper, Elmo (1950): Political Activity of American Citizens. *The American Political Science Review*, 44:4, 872–885.